

1/2

DIE ALTERNATIVE



EU-WÄHRUNGSFONDS UND SCHULDENQUOTE

LUXUS SOZIALSTAAT • CASTOR •
CANCUN • TÖDLICHE JEANS

Herausgegeben von



Jänner/Feber 2011

Einzelheft: 1,50 Euro, Abonnement: 15 Euro

P.b.b., Verlagspostamt 1040

02Z031242 M, Kd.-Nr: 0021012558



LUDWIG RAFFELSBERGER 1922–2010

Der Wickerl oder auch Rafferl, wie ihn viele seiner Freunde nannten, wuchs bei Pflegeeltern auf, seinen Vater kannte er nicht.

Er wurde katholisch erzogen, war aktives Mitglied diverser katholischer Kinder- und Jugendorganisationen und erlernte den Beruf eines Spenglers.

Enttäuscht und entsetzt darüber, dass es gegen den Einmarsch Hitlers 1938 in Österreich von Seiten der Kirche keinen Widerstand gab, wurde er Mitglied der KPÖ.

Diese aufwühlende und revolutionäre Zeit sollte seinen weiteren Lebensweg zentral bestimmen.

Auf Grund seiner handwerklichen Qualifikation kam er ins Wiener Neustädter Flugzeugwerk (Hermann Göring-Werke) und hatte die Möglichkeit, Widerstand zu leisten. In dieser Gruppe waren auch Mädchen, unter anderem seine Freundin und spätere Frau Martha Ivanschitz.

Rafferl hatte durch seine Arbeit die Möglichkeit, Fehlerquellen in die Flugzeuge einzubauen. Von dieser Sabotage hat die GESTAPO nie etwas erfahren. Am 1. Mai 1942 wurde er im Flugzeugwerk von der GESTAPO verhaftet. Auch zwei Freunde der Gruppe wurden verhaftet. Seine Freundin Martha wurde verhaftet, weil sie zur GESTAPO ging, um sich nach ihm zu erkundigen. Nach einem halben Jahr wurde sie entlassen.

Durch mehrere glückliche Umstände und nicht zuletzt durch einige anonyme Helfer wurde er zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Zuchthaus Ludwigsburg gab es eine Widerstandsgruppe, der er sich anschloss. Er hatte wieder bei der Arbeit die Möglichkeit der Sabotage.

Nach der Befreiung kam er nach Wr. Neustadt zurück, heiratete „seine Martha“ und sie bekamen ihre Tochter Gisi. Nach dem Krieg arbeitete er bis zu seiner Pensionierung bei der ÖSG.

Als Martha und er in Pension gingen, übersiedelten sie wieder von Wien zu ihren Jugendfreunden nach Wr. Neustadt. Er ging als Zeitzeuge in Schulen, war politisch weiter aktiv und engagierte sich immer mehr beim KZ-Verband.

Er war jahrelang Obmann des Niederösterreichischen KZ-Verbandes und Mitglied des Bundespräsidiums. Als Mitglied der Opferfürsorgekommission in Niederösterreich hat er hervorragende Arbeit geleistet.

Er war Träger des silbernen Verdienstkreuzes der Republik Österreich und der Befreiungsmedaille.

Nach dem Tod seiner Frau Martha unternahm er mit seiner Familie (Gisi, Wickerl und Herbert) Reisen nach Kreta, wo er viele Freunde fand.

Er hatte das Glück, seine neue Lebenspartnerin Anni zu finden und mit ihr glückliche Jahre mit Ausflügen und Urlauben zu verbringen.

Ludwigs Leben war geprägt von der Arbeit und dem Kampf für die Revolution und den gesellschaftlichen Fortschritt. Er stand dabei immer an vorderster Front.

Peter ist tot, es lebe peter

Peter is dead, long live peter

Er war unser freund, genosse, kollege, vereinsobmann und mentor.

Peter kreisky war in höchstem maß seinem programm der tätigen intervention verantwortlich, solidarisch, sensitiv und mitfühlend. Er war ein seismograph der zustände, ein bindeglied der besten linken kräfte in diesem land. Seine agenda waren die menschenrechte und potentiale, war die „bessere welt“ als in unserer eigenverantwortung liegende, als in unserer lebenszeit mögliche – nicht in einer utopisch fernen zukunft, als mögliche, weil zu machende (Brecht)!

Peter symbolisierte diese zukunft, er war eine brücke zwischen menschen verschiedener herkünfte, ideologien, klassen und kulturen – im widerstand gegen die neuen populistischen rechten, eines steten rechtsrucks, den er und sein vater früh als gefahr erkannten!

Er war im tiefsten sinn anti-faschist, anti-rassist, anti-sexist. Er trug die flamme der hoffnung auf eine „bessere welt“ dicht unter dem hemd, nah an seinem kranken herzen, er überforderte sich für andere, unter vernachlässigung der eigenen gesundheit, des eigenen wohlbefindens, des eigenen bankkontos – er war ein „mann der zukunft“!

Eure traurige theater-gemeinde in der FLEISCHEREI, eva brenner & team



DIE ALTERNATIVE

IM JÄNNER/FEBER

MAGAZIN

Die Umnachtung der Eliten	Seite 4
Einkommen in Österreich.	Seite 20
Armut in Österreich	Seite 22
Interview: Euratom-Volksbegehren	Seite 24

GEWERKSCHAFT & BETRIEB

Was ist los im Fonds Soziales Wien?	Seite 6
ÖGB: Kritische Literaturtage	Seite 7
Schul-Tanz à la Pröll-Pröll.	Seite 8
Betonmischer und Schulreformblockierer.	Seite 10
Kindergärten: Wie gelb ist denn nun das Ei?	Seite 11
Luxus Sozialstaat.	Seite 12
Oberösterreich: Protesttage gegen Streichkonzert	Seite 13
Kollektivverträge: Wir zahlen für die Krise	Seite 16
AK: Verlängerter Arm der Stadtregierung?	Seite 19

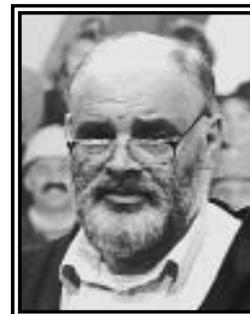
INTERNATIONAL

Deutschland: „Wir sind friedlich – was seid ihr?“	Seite 25
Unkonkretes Cancun	Seite 26
Türkei: Todschicke Jeans kosten Menschenleben	Seite 27

SPEZIAL Much

.	Seite 14
-----------	----------

IMPRESSUM Medieninhaber, Verleger: Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) Herausgeber: Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB) Redaktion, Satz, Layout: Alfred Bastecky (Koordination), Lisa Langbein, Franz Wohlkönig (Layout) Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, Fax: -22, auge@ug-oegb.at (Abonnement), alternative@ug-oegb.at (Redaktion), www.ug-oegb.at, Bank: BAWAG Kto.Nr. 00110228775 Dass namentlich gezeichnete Beiträge nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler. DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702. **OFFENLEGUNG GEMÄSS § 25, MEDIENGESETZ** Medieninhaber der „Alternative“ ist der Verein „Alternative und Grüne GewerkschafterInnen – UG“. Mitglieder des Bundesvorstandes sind: Klaudia Paiha, Helmut Deutinger, Fritz Schiller, Karin Samer, Julienne Hartig, Piet Grusch. Herausgegeben wird die „Alternative“ von den „Unabhängigen GewerkschafterInnen im ÖGB“ (UG) Die Unabhängigen GewerkschafterInnen – ein Zusammenschluß überparteilicher und unabhängiger Listen im ÖGB – sind eine Gewerkschaftsfraktion, die für die Demokratisierung der Arbeitswelt und der Gewerkschaften eintritt. Die Linie der „Alternative“ wird von diesen Intentionen bestimmt. Geschäftsführende Vorsitzende der UG ist Lisa Langbein, Finanzreferent Peter Grusch.



EDITORIAL
von Alfred Bastecky

IN DIESEM HEFT...

Bevor ich's vergess: Renate Sassmann als legendäre Wächterin über die Alternative-Finzen und Leiterin der Anzeigen- und Vertriebsabteilung lässt bitten, dem beiliegenden Abo-Zahlschein die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken – falls ihr als treue AbonnentInnen nicht ohnedies schon längst überwiesen habt. Damit wir nicht gezwungen sind, unser Budget einnahmenseitig zu sanieren.

Apropos Budget: Wir haben diesmal einen Kommentar aus der TAZ von Stefan Schulmeister geklaut, der mir so richtig aus der Seele spricht. Ich habe nie verstanden, warum die Währungsfonds rigorose Spar-kurse verordnen, die in den betroffenen Ländern die Schuldenquote nur noch weiter in die Höhe treibt. Es gäbe Vernünftigeres...

Weiter geht's wieder einmal mit dem Fonds Soziales Wien, jener Privatisierung, die wie keine andere zeigt, dass man den Sozialbereich nicht dem „Markt“ überlassen sollte.

Der „Gewerkschaft & Betrieb“-Teil der Alternative widmet sich aus aktuellem Anlass der Schulreform. Pröll-Pröll inszenieren „Schultanz“, die Österreichische LehrerInneninitiative hält dagegen. Und Much hat sich diesmal auch dem Bildungsthema gewidmet.

Das Gelbe vom Ei hat man trotz Reformen in den Wiener Kindergärten noch immer nicht gefunden. 281 VollzeitpädagogInnenplätze sind derzeit unbesetzt.

„Luxus Sozialstaat“, so könnte man einige Beiträge überschreiben, u. a. Splitter zur Kollektivvertrags-Runde und einen Reader zum Sozialbericht 2009–2010 von Markus Koza.

Weitere Themen: Euroatom-Volksbegehren, Castor, Klimakonferenz in Cancun und Clean Clothes...

Die Staatsschuldenquote steigt und steigt.
Kommentar von *Stephan Schulmeister*.

DIE UMNACHTUNG DER ELITEN

Seit Monaten verlangen „die Märkte“ von Ländern wie Griechenland, Portugal oder Irland Zinsen für Staatsanleihen von bis zu 10 Prozent. Das nominelle Wachstum der Wirtschaft dieser Länder und damit auch ihrer Steuereinnahmen ist aber viel niedriger. Auf Grund der Zinseszinsdynamik wird die Staatsschuld daher weiterhin rascher wachsen als das Bruttoinlandsprodukt.

VERORDNETER SPARWAHNSINN

Dann muss man eben die Staatsausgaben senken, fordern die Eliten. Das haben diese Länder gemacht, mit dem Ergebnis, dass die Wachstumsrate weiter gesunken ist und der Zinssatz also noch stärker darüber liegt. Kurz: Im Wechselspiel von immer höheren Zinsforderungen der Märkte und einer belämmerten Symptomkur der Politik steuern die Staatsfinanzen dieser Länder dem Bankrott entgegen. Dies in heller Stunde erahnend, schlug die Kanzlerin vor, die Inhaber der Staatstitel müssten sich an den Rettungskosten beteiligen. Das mochten „die Märkte“ nicht und setzten die Zinsen nochmals hinauf. Nun geriet der Euro wieder ins Rutschen, also Kommando zurück: Nur bei der künftigen Neuverschuldung ab 2013 sollten die Gläubiger an den Kosten einer Staatspleite beteiligt werden – und auch nur vielleicht, man kennt sich ja nicht aus.

Noch kann das Spiel also weitergehen, und zwar so: Durch die „Doppelmühle“ von Spekulation mit „Credit Default Swaps“ und mit Staatsanleihen treiben Banken wie Goldman Sachs, J.

P. Morgan, Deutsche Bank und viele Hedgefonds die Zinsen in die Höhe. Diese „Finanzalchemisten“ borgen sich bei der Europäischen Zentralbank (EZB) Geld zu einem Prozent Zinsen und kaufen damit jene Staatsanleihen, deren Zinsen sie in die Höhe getrieben haben. Die hohen Zinsen bezeichnen sie als „Risikoprämien“, wenn aber das Risiko angesprochen wird, dann bestehen sie auf 100-prozentiger Bezahlung, also auf Null-Risiko.

Fazit: Was durch enorme Entbehrungen der ArbeitnehmerInnen und UnternehmerInnen in den Schuldnerländern eingespart wird, fließt als Zinsertrag in die Taschen der „Finanzalchemisten“. Und die Staatsschuldenquote steigt und steigt.

Eine systemische Lösung muss beim Zinsniveau ansetzen. Dieses sollte nach der „golden rule“ der Wirtschaftstheorie der mittelfristigen (nominellen) Wachstumsrate entsprechen, wegen des hohen Schuldenstands aber etwas darunter liegen – also bei etwa zwei Prozent. Gleichzeitig müssten der europäische Zusammenhalt gestärkt und national-egoistische Strategien verhindert werden.

Beides kann erreicht werden, und zwar wie folgt: Der im Mai dieses Jahres geschaffene Rettungsfonds, der 750 Milliarden Euro mobilisieren kann, wird zum „Europäischen Währungsfonds“ (EWF) ausgebaut – gespeist aus Mitteln der Euro-Zentralbanken. EZB und EWF geben eine Garantie für die Staatsschuld sämtlicher Euroländer. Damit entfällt der Grund für Risikoprämien. Außerdem legen sie das Zinsniveau für neue Euro-Staatspapiere fest.



EUROPÄISCHER WÄHRUNGSFONDS

Neu ausgegebene Staatspapiere, die zu diesen Konditionen keine privaten Abnehmer finden, werden vom EWF gekauft. Doch die Staatspapiere werden genügend Anleger finden. Denn ein enormes Volumen an Finanzkapital sucht ja dringend einen relativ sicheren Hafen. Der Teufelskreis von Wucherzinszahlungen, verstärkten Sparbemühungen, Dämpfung des Wirtschaftswachstums, steigender Verschuldung und noch höheren Zinsen ließe sich so durchbrechen. Gleichzeitig würde ein

europäischer Währungsfonds den Zusammenhalt der Euroländer stärken und das effektive Zinsniveau senken.

Genau dies bezweckt die Politik der US-Notenbank Fed, wenn sie langfristige (Staats-)Anleihen kauft: Sie übernimmt die weniger liquiden Aktiva und gibt dem Finanzsektor dafür hochliquide Mittel. Ihr Ziel: Sie will die Kreditvergabe verbilligen und die Deflationsgefahr bannen.

In Europa wird diese Maßnahme vielfach als „Geld drucken“ zu bezeichnen, das letztlich einen Inflationsschub auslösen müsse – ein Indiz, wie sehr die Debatte auf das Niveau der 1920er Jahre zurückgefallen ist. Nur wenn das

Problem nur weitergeschoben wird, weil die von „den Märkten“ geforderten Zinsen untragbar sind, wird nicht begriffen.

Weil nicht sein kann, was nicht sein darf: Nach 30-jähriger Missionsarbeit sind die Eliten marktreligiös geworden. Sie glauben an eine „unsichtbare Hand“, die ähnlich wie die göttliche Vorsehung alles zum Besten lenkt. Die manisch-depressiven Schwankungen von Zinssätzen, Wechselkursen, Rohstoffpreisen und Aktienkursen wurden so als unveränderlich, letztlich aber nicht schlimm hingenommen.

Dabei gibt es eine Lösung: Man nehme die Fundamentalwerte der Wirtschaftstheorie als Richtgröße für eine Stabilisierung von Zinssätzen, Wechselkursen und Rohstoffpreisen durch das „System Politik“. Der Zinssatz müsste der Wachstumsrate entsprechen, der Wechselkurs der Kaufkraftparität. In einer solchen Welt gäbe es – wie früher in den 1950er- und 1960er-Jahren – wieder mehr Sicherheit für Investitionen, Finanzierung und Außenhandel. Es käme zu einem Wirtschaftswunder in der Realwirtschaft.

Heute jedoch findet das „Wirtschaftswunder“ in der Finanzwelt statt. Mit dem Segen der „unsichtbaren Hand“ gelingt den Alchemisten das Doppelwunder: Durch immer schnellere Spekulation bringen sie die wichtigsten Preise wie Wechselkurse, Zinssätze, Aktienkurse und Rohstoffpreise in kleine und große

Schwingungen, und zur Absicherung gegen diese Turbulenzen verkaufen sie Derivate aller Art. Beides mit hohem Gewinn. Hut ab zum Gebet.

Kreditpotenzial genützt würde, entstünde zusätzliches Geld. Genau das ist aber bisher zu wenig der Fall! Überdies: Erst wenn die Kapazitätsgrenzen erreicht sind, droht ein stärkerer Preisauftrieb. Davon sind wir Jahre entfernt.

DER MARKT BERUHIGT SICH NICHT

Doch lieber sehen die Eliten dem zinseszinsgetriebenen Anwachsen der Staatsschuld zu und hoffen, „die Märkte“ würden sich beruhigen, wenn Irland oder Griechenland den Rettungsfonds in Anspruch nähmen. Dass damit das

Quelle: taz – die tageszeitung, vom 25. November 2010.

Zum Autor: Stephan Schulmeister ist Wirtschaftswissenschaftler und lebt in Wien. Derzeit hält er sich in Washington auf und forscht im Auftrag des Internationalen Währungsfonds, Abteilung Staatsfinanzen.

ug-oegb.at

auge.or.at

kiv.at

ugoad.at

ug-vida.at

we4you-ug.at

WAS IST LOS IM FSW?



Bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit lässt die Geschäftsführung verlauten, der Betriebsrat und die KIV wollen die vielen Privatangestellten des Fonds Soziales Wien und seiner Töchter um ihre Jobs bringen. Dazu – sozusagen als Draufgabe – wird kolportiert, dass die KIV den Privatangestellten Kompetenz abspricht und nur BeamtInnen die Qualifikation für Soziale Arbeit zubilligt.

Das ist natürlich ebenso falsch wie durchsichtig: es geht – wie schon oft in der Vergangenheit – darum, den unbequemen Betriebsrat bei den Beschäftigten zu diskreditieren.

Das alles ist keine Spezialität des FSW. Dieses Phänomen wird in vielen europäischen wissenschaftlichen Arbeiten über die „Ökonomisierung der Sozialen Arbeit“ beschrieben: eine engagierte ArbeitnehmerInnenvertretung stört das Getriebe einer privatwirtschaftlich agierenden „Firma“ für soziale Angelegenheiten.

Ein Initiativantrag der KIV (und nicht des Betriebsrates), in dem es um die Auflösung des Fonds Soziales Wien und die Wiedereingliederung in die Stadt im Rahmen der Stadtverfassung ging, wurde auf der Landeskonzferenz der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst Medien, Sport, freie Berufe einstimmig angenommen. Also mit den Stimmen der großen sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion.

Entsprechend ihren grundlegenden politischen Überzeugungen – gegen Ausgliederungen und Privatisierungen kommunaler Dienstleistungen – brachte die KIV zunächst einen generellen Re-Kommunalisierungsantrag aller betroffenen Bereiche ein, um die Diskussion über die vielen unangenehmen Begleitumstände bisherigen Outsourcings anzuregen.

Der Antrag wurde von der Antragsprüfungskommission zur Zuweisung empfohlen, für eine Annahme war der Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion nun doch zu weitreichend. Sie ließ aber durchblicken, dass bei einer

Die Fakten und was an der Gerüchteleut im Fonds Soziales Wien wirklich dran ist.

Von Alfred Bastecky.

Beschränkung auf den Fonds Soziales Wien eine Zustimmung möglich wäre.

Offenbar hatte die unkontrollierte Umtriebigkeit, die ungeniert „eigenständige“ Art, ohne viel bei den Sozialpartnern nachzufragen, durch die Geschäftsführung auch jene Genossen mächtig verärgert, die ursprünglich voll hinter dem Ausgliederungsprojekt standen. Deshalb der Initiativantrag.

Einer der großen Vorteile des Konstrukts FSW war, dass man bei Innovationen welcher Art auch immer, nicht mehr an die oft äußerst mühsamen und langwierigen Entscheidungsstrukturen der Gemeinde gebunden war.

Die KIV vertritt bei ihrem Widerstand gegen Ausgliederungen und Privatisierungen seit jeher die Position, dass Entscheidungsstrukturen und Arbeitsbedingungen in der Stadt so zu verändern sind, dass sinnvolles und effizientes Arbeiten möglich ist, ohne dabei die vielen Nachteile von Ausgliederungen in Kauf nehmen zu müssen.

Die Ausgliederung brachte dem schlanken Spitzenmanagement zunächst Einkommensmöglichkeiten, die es in der Stadt bislang kaum gab.

Im Gegenzug wurden die Einkommen der Privatangestellten gegenüber den Bezügen des Gehaltsschemas der Gemeindebediensteten empfindlich gekürzt – immer mit dem gleichen Argument: Hier würden wir ja nie beispielsweise einen „B-Beamten“ so wie bisher hinsetzen. Freilich die Ansprüche an den jeweiligen Arbeitsplatz waren und sind meist noch höher, nur der Lohn kann nicht mehr mithalten.

Dazu kamen weitere „Vertöchterungen“ und eine ununterbrochene Welle von Umstrukturierungen, deren Rationalität oft nicht mehr zu erkennen war und ist. Neue Managementmethoden und der eigenwillige Arbeitsstil des

„Workaholics“ an der Spitze („Man muss die Menschen dauernd unter Druck setzen, damit sie etwas leisten!“) führten zu Dauerstress und Überforderung bei vielen MitarbeiterInnen.

Das Nebeneinander von Kollektivvertragsangestellten, Vertragsbediensteten, BeamtInnen und einer großen Zahl von schlecht abgesicherten LeiharbeiterInnen mit jeweils unterschiedlichen Besoldungs- und Vertragsregelungen erwies sich, wie vorhergesehen, als äußerst problematisch – speziell auch für die ArbeitnehmerInnenvertretung, die damit konfrontiert wurde, dass die Gruppen nach Belieben gegeneinander ausgespielt wurden.

Es geht darum, die Sicherheit der Vertragsbedienstetenordnung und des Besoldungsrechtes der Stadt Wien allen Beschäftigten zukommen zu lassen und sie nicht der Willkür eines sich neoliberal gebärdenden Privatunternehmens auszuliefern. Die sozialen Auswirkungen von Umstrukturierungsmaßnahmen gehören evaluiert und nicht der Logik und den Effizienzkriterien eines kommerziellen Unternehmens unterworfen.

Eröffnen wir die Debatte über sinnvolle Organisationsformen und einen humanen Umgang zwischen Management und Beschäftigten. Unsere Hoffnung: Die Geschäftsleitung soll sich an diesem Diskussionsprozess beteiligen, statt unproduktive Machtkämpfe loszutreten. Der Betriebsrat hat diesbezüglich bereits Vorschläge gemacht. Menschlichkeit und soziales Verhalten sollten wieder in den Vordergrund treten anstatt nur über Effizienz und ständiges Ausspielen auf einem geregelten, (vom FSW) künstlich geschaffenen Sozialmarkt zu agieren.

Menschlichkeit und soziales Verhalten müssen gegenüber einem ausschließlich durch Effizienz- und Konkurrenzdenken motivierten Handeln prioritär bleiben.

KriLit'10

KRITISCHE LITERATURTAGE IM OGB



Kritische Literaturtage

Am 17. und 18. Dezember 2010 fand mit den „kritischen Literaturtagen“ des Österreichischen Gewerkschaftsbundes erstmals in der Geschichte Österreichs eine Buchmesse abseits des kommerziellen Mainstreams statt.

Auf drei Säle verteilt konnte in Büchern von mehr als fünfzig Verlagen geschmökert werden und mit Gewerkschaftsorganisationen und sozialen Initiativen wie Attac, Amnesty International, dem Mauthausen Komitee Österreich oder dem Netzwerk Kuba diskutiert werden. Die Unabhängigen GewerkschafterInnen waren auch mit VertreterInnen ihrer Säulen zwei Tage lang mit einem Informationsstand vertreten.

Sechshundert BesucherInnen nutzten das Angebot, das mit Buchpräsentationen und Lesungen wie „Die Lebendigkeit Jura Soyfers“ oder „Ute Bock: Die Geschichte einer Flüchtlingshelferin“ abgerundet wurde. Höhepunkte waren die Konzerte der Linzer Band „Politpark“ (Freitag) und des österreichischen Liedermachers Sigi Maron mit dem Keyboarder Andy Juran (Samstag).

Alles in allem war es eine gelungene Veranstaltung. Einziges Manko: die alternative Literaturmesse hätte sich mehr BesucherInnen verdient. Gut Ding braucht vielleicht auch hier Weile – wir freuen uns schon auf die zweiten kritischen Literaturtage 2011 (vielleicht nicht gerade an einem Termin kurz vor Weihnachten). Oder mit den Worten von Sigi Maron zum Abschluss seines Konzertes: „Ich wünsche mir, dass es jedes Jahr Kritische Literaturtage gibt.“ ■



Österreichische LehrerInneninitiativen halten dagegen.

Von Reinhart Sellner.

SCHUL-TANZ À LA PRÖLL-PRÖLL

Die ÖVP-Länder einigen sich mit dem Finanzminister auf Effizienzsteigerung“, der Bund braucht nur mehr zu zahlen und die Unterrichtsministerin samt ihrem Ministerium kann abgeschafft werden ...

Neun Bildungsdirektionen – für jeden Landeshauptmann eine. Das Bundesministerium sorgt für einen von den Landeshauptleuten abzusegnenden bundesgesetzlichen Rahmen, und jeder Landeshauptmann macht daraus, was für die Menschen in seinem schönen Bundesland gut ist. Und das wissen die ÖVP-Landeshauptmänner am besten. Jeder Landeshauptmann soll künftig ohne Widerred' des Bundes seine SchuldirektorInnen auch an den derzeit noch Bundesgymnasien und BMHS ernennen und seine LandeslehrerInnen – auch die derzeitigen BundeslehrerInnen – bestellen, damit die seine Landeskinder in seinem Sinn belehren. Konkret: Zur Einstellungshoheit über 70.000 Volks-, Haupt-, Sonder-, Poly- und BerufsschullehrerInnen kommt die über 40.000 AHS- und BHS-LehrerInnen und als Zugabe die Herrschaft über die Pädagogischen

Hochschulen. Der Bund ist nur mehr für das mit den Landeshauptleuten auszuhandelnde neue Dienstrecht für LandeslehrerInnen aller Schultypen verantwortlich. Für diesen Hausmachtzuwachs wären die ÖVP-Landeshauptleute bereit, ihre getreuen Bezirks- und Landesschulräte abzuschaffen. „Die ÖVP bringt Bewegung in die Verwaltungsreform.“ Auch die Bundesschulgebäudeverwaltung soll in die Verwaltung der Länder übergehen.

Die Bereitstellung der Schul-Budgetmittel bleibt dem Bund, allerdings vereinfacht, nicht mehr über den Finanzausgleich des Bundes mit den Ländern, sondern „über eine Schüler-Kopf-Quote ... über deren Höhe wird noch verhandelt werden“. Der Bund überweist eine Gesamtsumme, die Landeshauptleute, die am besten wissen, was ihre Landeskinder vor Ort brauchen, verteilen diese Bundesmittel nach ihrem Ermessen.

EIGENVERANTWORTLICHE SCHULEN

Erwin Pröll und seine Parteifreunde in den Landesschulräten Nieder-, Oberösterreich, Tirol oder Vorarlberg sind auch in der eigenen Partei in der Defensive. Vielleicht wollen sie und der ÖVP-Parteiboss Josef Pröll auch nur den in den Medien kolportierten Deal von Bundes-Spitalsregelung gegen Schul- und LehrerInnen-Verlängerung durchsetzen, denn zu den Reformvorschlägen der Sozialversicherungsträger und des Gesundheitsministers wird zeitgleich verhaltene Zustimmung signalisiert. Die Unterrichtsministerin und

die SPÖ dürften für diesen Deal nicht oder nicht mehr zu haben sein. In der ÖVP treten Wirtschafts- und IndustrievertreterInnen, christlich-sozial motivierte FunktionärInnen, Bildungs- und VolkswirtschaftsexpertInnen fürs Beenden der Schulreformblockade ein. Sie sind für die Bundeszuständigkeit bei Schule und Schulreform, für die Anhebung des Ausbildungsniveaus aller und daher für die Gesamtschule, für ein einheitliches BundeslehrerInnendienstrecht, für eine zeitgemäße universitäre LehrerInnenausbildung, für das Einsparen von neun Landes-Mehrgleisigkeiten, für klare Umsetzungskompetenz und für mehr Eigenverantwortung der Schulen bei der Umsetzung der Bundesgesetze. Auch wenn nach dem Abgang der schulreformorientierten ÖAAB-Generalsekretärin Karl ins Wissenschaftsministerium wieder ein Pröllkompatibler Nachfolger als Generalsekretär werkt, die Unterordnung unter die der niederösterreichischen ÖVP stark verbundene fcg.GÖD-Fraktion scheint aufgebrochen, letztere hat das alleinige Sagen im ÖAAB und in der Bundespartei nicht wiedergewonnen.

Der Schulreformstau und die hohen Kosten einer intransparenten und vielfach parteipolitisch instrumentalisierten Landesschulverwaltung gefährden den sozialen Zusammenhalt und die gerade von der ÖVP vielbeschworene Wettbewerbsfähigkeit Österreichs. Leutselig beteuerte Bürgernähe und treuherzig-empörtes Anti-Wien-Gerülpse zur Mehrung der Macht der Landeshauptleute und ihrer Landesparteiapparate können diese Probleme



REINHART SELLNER
IST VORSITZENDER DER
UGÖD UND MITGLIED
IM KOORDINATIONSAUS-
SCHUSS DER UG.



„ Schwarzer Rauch ist aufgestiegen, das Schul-Verwaltungs-Konklave Erwin Prölls, der ÖVP-Landeshauptleute und ihres Finanzministers war erfolgreich. Alles wird besser bleiben. “

nicht lösen. Die SchülerInnen, ihre Eltern und ihre LehrerInnen brauchen eine sozial-integrative, individuell fördernde und fordernde, weltoffene österreichische Schule mit optimalen Lern- und Arbeitsbedingungen für alle und in allen Regionen.

Diese Schule braucht dringend Reformen der Lerninhalte, der Unterrichtsmethoden, der LehrerInnenbildung und der Schulorganisation.

Diese österreichische Schule braucht ausreichende und das heißt mehr öffentliche Mittel für Personal, Gebäude und Ausstattung und kein Budgetkürzungsprogramm. Diese Schule braucht keine auf die Machtbedürfnisse von Landeshauptleuten der Volkspartei abgestimmte Schulverwaltung, keine dem Landeshauptmann und seinen LandesparteifunktionärInnen dienstbaren LehrerInnen und SchulleiterInnen, sondern eine klare bundeseinheitliche Rahmengesetzgebung (Schulunterricht, Schulorganisation, LehrerInnendienst-, Besoldungs- und Personalvertretungsrecht) und ebenso klare bundeseinheitliche Selbstverwaltungsrechte für die Schulen, denen der Bund die für den Standort notwendigen Ressourcen nach einem transparenten Schlüssel zuweist.

Schulleitungen werden von den Schulen und nicht von den Landeshauptleuten gewählt, die Bildungsdirektionen in den Bundesländern sind nachgeordnete Dienststellen des Bundes mit Koordinations- und Buchhaltungsaufgaben.

ZUKUNFTSBUDGET FÜR SOZIAL-INTEGRATIVE SCHULREFORMEN

Die ÖVP-Presseaussendung vom 19. November 2010 über die Konferenz der ÖVP-Landeshauptleute und des ÖVP-Bundesparteibmanns geht durchaus auf real existierende Schulverwaltungsprobleme ein und enthält gute Vorschläge: Alle fünf wollen

- „Effizienzsteigerung“,
- „eine Bildungsdirektion pro Bundesland“,
- „Abschaffung von Bezirks- und Landeschulräten“,
- „mehr Schulautonomie“,

alle fünf können sich der Einsicht nicht verschließen, dass „der Bund dafür sorgt, dass Österreich eine Bildungsregion bleibt.“

Warum die Verwirklichung dieser Anliegen die Übernahme aller LehrerInnen durch die Länder erfordert, können sie nicht erklären und ist auch nicht zu erklären. Das Schul-Verwaltungs-Konklave Erwin Prölls, der ÖVP-Landeshauptleute und ihres Finanzministers war aber erfolgreich. Alles wird besser bleiben.

Nur die Zustimmung der anderen Landeshauptleute, des Koalitionspartners SPÖ oder der Sozialpartner ÖGB, Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung und die der betroffenen LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern fehlt noch und wird es wohl nicht geben. Die Zustimmung der niederösterreichischen Hardcore-ÖVPler in der fcg.GÖD kann vorausgesetzt

werden. Obwohl: Ekkehard Quin wird sich schwer tun, als künftiger Vorsitzender der AHS-Gewerkschaft den österreichischen AHS-LehrerInnen das Ende des BundeslehrerInnenstatus aufs Aug zu drücken.

FÜR EINE VERWALTUNGSREFORM IN DER GÖD

Die anstehenden Bildungsreformen brauchen eine parteiunabhängige, solidarische und schülerInnenfreundliche reformoffene Interessensvertretung aller LehrerInnen.

Selbstbewusstes gewerkschaftliches Verhandeln für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und leistungsgerechte Entlohnung aller LehrerInnen in einer gemeinsamen ganztägigen Schule mit individueller Förderung, die gemeinsame universitäre LehrerInnenbildung, das einheitliche Bundes-Dienst- und Besoldungsrecht, eine Schulverwaltungsreform mit eigenständigen Schulen und die entsprechende Reform des Bundespersonalvertretungsrechtes – all das braucht kein Neben- und Gegeneinander von fünf Gewerkschaftsvorsitzenden.

Auf dem 2011 angesetzten Bundeskongress der GÖD werden die Unabhängigen GewerkschafterInnen der UGöd entsprechende Anträge stellen.

BETONMISCHER UND SCHULREFORMBLOCKIERER

Alles muss besser bleiben im österreichischen Schulsystem. Das Aussortieren der 9- bis 10-jährigen fürs Gymnasium, für den Nachwuchs der besseren Leut', darf mit den besorgniserregenden PISA-Ergebnissen nichts zu tun haben, immerhin haben die zehn besten AHS' das Niveau des finnischen Durchschnitts erreicht.

Die VolksschullehrerInnen sollen gefälligst die Schuld am miserablen Bildungszustand von 38 und mehr Prozent der Jugendlichen auf sich nehmen. Weil Lesen lernt man in der Volksschule. Weil die Volksschule bekanntlich eine Gesamtschule ist, verdrehen die Spin-Doktoren des ÖVP-Vorsitzenden und Vizekanzlers den PISA-Absturz flugs in eine Wortspende gegen die überfällige Gesamtschulreform.

SELEKTIONSDRUCK BEHINDERT LERNEN

Die Realität schaut anders aus: Der gemeinsame Unterricht an den Volksschulen ist spätestens ab der 3. Klasse durch Ängsten von Eltern geprägt, die sich um den erfolgreichen Übertritt ihrer Kinder ins Gymnasium sorgen. Nicht nur ihre Kinder spüren das und bekommen selber Angst vor schlechten Noten. Die VolksschullehrerInnen bekommen bei Einzelsprachen und bei Elternabenden den Druck der Eltern zu spüren. Das angstfreie, spielerische und nachhaltige Lernen, das Fördern und Fordern aller Kinder, die individualisierende und sozial integrierende Unterrichtsarbeit stoßen an Grenzen, die von außen, von einflussreicheren Eltern und von der selektiven Logik des differenzierten Schulwesens gesetzt werden.

Die VolksschullehrerInnen werden die PISA-Schulzuweisungen schon aushalten und nicht rebellisch werden, so das Kalkül der um Ablenkung von der Gesamtschulfrage bemühten ÖVP-Spitze. Ein professionelles Selbstbewusstsein gegenüber Bezirksinspekto-

PISA-Ausreden und VolksschullehrerInnen-Mobbing. Von Reinhart Sellner.

ren, Professoren und Landesschulräten ist für VolksschullehrerInnen nicht vorgesehen. Eine berufspraktisch-erschulte, von Wissenschaft und Forschung weitgehend abgetrennte Kurzausbildung und die entsprechend schlechtere Bezahlung sind die strukturellen Voraussetzungen dafür. In der Öffentlichkeit und auch von meist männlichen „Standesvertretern“ werden VolksschullehrerInnen gern als kinderfreundlich-naiv, fleißig, brav und unpolitisch hingestellt. Die Sonntagsreden von gütigen Landeshauptleuten über die große, entscheidende Bedeutung ihrer Arbeit für die Zukunft der Kinder und ihres Landes werden daran nichts ändern.

RAHMENBEDINGUNGEN VERBESSERN

Aber es spricht einiges dafür, dass diese Rechnung nicht aufgeht. Es gibt auch unter VolksschullehrerInnen immer mehr, denen es reicht. Die wollen ihren SchülerInnen und sich selber die entwürdigenden und demotivierenden Selektionsrituale ersparen, die wollen bessere Rahmenbedingungen für ihren Unterricht, kleine Klassen und ein ZweilehrerInnen-System und dazu sonderpädagogische Unterstützung. Im Grund wollen alle VolksschullehrerInnen unterstützen, fördern und fordern und kein Kind aussondern und zurücklassen. Es gibt an den Ausbildungsstät-

ten, insbesondere an den Universitäten das Bemühen um praxisnahe und wissenschaftliche, forschungsbasierte LehrerInnenbildung und Fortbildung für alle, es gibt die von Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung eingeleitete Reform der LehrerInnenbildung.

Es gibt die Solidarität von engagierten, kinder- und schülerInnenfreundlichen LehrerInnen aller Schultypen, von Studierenden, von Eltern, die wissen, dass individuelle nicht gegen gesamtgesellschaftlichen Lösungen ausgespielt werden dürfen.

REFORM BRAUCHT RESSOURCEN

Es gibt auch wirtschaftliche Interessen, die von den Sozialpartnern formuliert und angesichts

PISA 2009 mit verstärktem Nachdruck vertreten werden. Was es

noch nicht gibt, sind der Bildungs-

schwerpunkt im Bundesbudget und damit die

notwendigen Ressourcen für Sofortmaßnahmen und für die zu

oft schon abgesagte große Schulreform. Fürs

Budget sind Finanzminister, Kanzler und Bundesregierung zustän-

dig. Die Zustimmung der Volks-

partei zu dieser Reform, deren Kernstück eine sozial-integrative gemeinsame, ganztägige Schule sein wird, ist eine Frage der Zeit.

PISA beschleunigt. Der neue Vorsitzende der bis dato reformresistenten AHS-Gewerkschaft Quin von der fcg.GÖD hat in seiner Reaktion auf PISA die Bildungsministerin daran erinnert, dass es höchste Zeit für Schulreformen wäre – wenn das kein gutes Zeichen ist?!
=====





WIE GELB IST DENN NUN DAS EI?

des Alltages und damit den MitarbeiterInnen gerecht werden.

Bei den Protesten im letzten Jahr ist die Kruste ein wenig aufgebrochen. Mit einer gefeierten Besoldungsreform wurde das Jahr 2010 für PädagogInnen und auch für AssistentInnen der MA 10, WienerKinderGärten, eingeläutet. Wengleich nicht alle Forderungen erreicht wurden, ist ein Abschluss von achtzehn Millionen Euro sicher ein Meilenstein. Deshalb Meilenstein, weil stolze zwanzig Jahre im elementarpädagogischen Bereich nichts passiert ist. Es gab danach bei den PädagogInnen Gehaltserhöhungen – für einzelne Gehaltsstufen stark, für andere kaum spürbar, und es gab für die AssistentInnen die theoretische Möglichkeit zum Aufstieg in die Verwendungsgruppe 2.

UNBESETZTE VOLLZEITPOSTEN

Es ist schon etwas passiert: Der operative Bereich hat in immer kürzerer Zeit mehr Agenden übernommen. Von flächendeckender Sprachförderung über den beitragsfreien Kindergarten bis hin zu unzähligen Projekten, die die neuesten Entwicklungsbereiche widerspiegeln.

Die MitarbeiterInnen dieses Bereiches hatten nie die Chance, mit den politischen Wünschen und Vorgaben mitzuhalten. Nach wie vor ist der Beruf der Kindergarten- bzw. HortpädagogIn nicht sehr attraktiv. Es gibt zu wenig Personal. Aktuell sind 281 Vollzeitposten für PädagogInnen unbesetzt. Zusätzlich laufen Sonderverträge von KollegInnen zur Sprachförderung aus. Und wenn man den InteressensvertreterInnen anderer Organisationen Glauben schenken darf, sieht es dort personalmäßig nicht viel besser aus. Zwar werden PädagogInnen mittels großer Anzeigenkampagnen gesucht, doch finden lassen sich wenige.

DRUCKENTLADUNG

Die Überbrückungshilfe in Zeiten wie diesen sieht im Alltag dann wie folgt aus: Eine kompetente AssistentIn wird

Trotz starker Medienpräsenz: Im Kindergarten nichts Neues – die Unzufriedenheit beim Personal der Wiener Kindergärten ist groß.
Von Martina Petzl-Bastecky und Irmgard Slovacsek.

im pädagogischen Dienst eingesetzt. Dies kann stunden- oder tageweise, aber auch in steigender Anzahl über Monate oder Jahre gehen. Die Stadt Wien nahm 240 AssistentInnen auf. Der Großteil davon steht jetzt anstelle der fehlenden PädagogInnen in den Gruppen. Diese „pädagogischen AssistentInnen“ haben dafür aber keine spezielle Ausbildung, erhalten auch kaum mehr Geld (erst ab sechs Stunden am Tag 10 Euro brutto) und tragen die volle Verantwortung. Der Druck entlädt sich irgendwann in Ressentiments der KollegInnen untereinander.

Durch die Werbung stiegen die Erwartungen der Eltern; die beworbene Leistung kann aber auf Grund der desaströsen Personalsituation und der mangelhaften Rahmenbedingungen nicht erbracht werden, wodurch viele Eltern zornig werden.

Die steigende Belastung der Einzelnen führt verstärkt zu Burnout und anderen physischen sowie psychischen Erkrankungen. Erholungsphasen werden als zu kurz und nicht wirklich erfolgreich wahrgenommen. Die Freude am Beruf gerät an einen harten Prüfstein und die allgemeine Arbeitszufriedenheit sinkt drastisch.

Also alles in allem nicht das Gelbe vom Ei. Trotzdem wollen wir uns als engagierte GewerkschafterInnen und PersonalvertreterInnen naturgemäß der Situation stellen und haben für 2011/2012 ein Arbeitsprogramm zusammengestellt. Dieses soll einerseits dem politischen Willen, aber auch in einem höheren Ausmaß als bisher, den Anforderungen und Bedürfnissen

PROBLEMKREISE

Der eröffnete riesige Problemkreis muss rasch angegangen werden:

Personalgruppe LeiterInnen: Die Funktion und das Arbeitsprofil sind neu zu überdenken und nachhaltige monetäre Anreize zu schaffen. Sollte die Dienstgeberin ihre Forderung nach Streichung der Vorbereitungszeit bei LeiterInnen wiederholen, muss es einen neu zu entwickelnden Stundenschlüssel (Kinderdienst versus Kanzleistunden) und eine autonomere Zeiteinteilung geben.

Personalgruppe PädagogInnen: Die Besoldung muss bei der Wertigkeit des gesellschaftspolitischen Ausmaßes von elementarpädagogischer Bildung ansetzen. Es genügt nicht die Biennalsprünge abzuschaffen und durch Dreijahressprünge zu ersetzen. Weiterzuverfolgen ist die Ausbildungsreform der Elementarpädagogik (Fachhochschule) und die Verfestigung der Methodenfreiheit im Sinne des Bildungsplanes.

Personalgruppe AssistentInnen: Die Anerkennung des Arbeitsfeldes in Form der Schaffung eines Berufsbildes mit begleitender Ausbildung ist unumgänglich. Ebenso bedarf es einer Entkoppelung der Zulagen für AssistentInnen von der Beurteilung, und die Entwicklung und Konzeptionierung einer eigenständigen Beurteilung für AssistentInnen im Kinderdienst. Fortbildungstage (Anzahl der ZU-Tage der PädagogInnen) für AssistentInnen im Sinne der Qualitätssicherung sind nötig. Es gibt bereits die ersten Diskussionen, wie es weiter gehen soll. Eine „Zwischenausbildung“ für AssistentInnen wird wohl kommen, vielleicht auch eine Zweiteilung in „pädagogisch“ und „hauswirtschaftlich“.

Wichtig wäre: gute Ausbildung, klare Einteilung und Aufgabenstellung und dass alle in der MA 10 bleiben und dort zuständig sind.

LUXUS SOZIALSTAAT

Österreich leistet sich einen Luxus, der wohl nicht mehr zeitgemäß ist. Ein staatliches soziales Netz, das jedem, der Hilfe benötigt, auch Hilfe zukommen lässt. Anders als in vielen anderen Ländern, wo Bedürftige rein auf Spenden angewiesen sind. Da kann dann plötzlich auch keiner für Hilfe bereit stehen. Viele Bedürftige bekommen in diesen Systemen keine oder zu wenig Unterstützung. Auch die Europäische Union steuert einen Wechsel an.

Das Jahr der Freiwilligen ist unter diesem Gesichtspunkt zu sehen. Freiwillige leisten eine „unbezahlbare“ Hilfe, ganz klar. Aber soll die Verantwortung der Gesellschaft wirklich ganz auf die Freiwilligen ausgelagert werden? Ihnen die Verantwortung zu alleinigen Lasten aufgebürdet werden? Nun, in Österreich ist es nicht so. Noch nicht. Aber auch hier sind Tendenzen spürbar, den Sozialbereich wieder loswerden zu wollen.

JÜNGSTES BEISPIEL

Oberösterreich kürzt 33 Prozent des Sozialbudgets. Zum Jahreswechsel sind viele Menschen zur Kündigung angemeldet. Jeder, der keinen gesetzmäßigen Bescheid für ein Anrecht auf Hilfe hat, wird in Kürze nur mehr „Freiwilligenhilfe“ erhalten. Aber, sind wir nicht in Zeiten der Krise mehr denn je auf einen Sozialstaat, auf eine Solidargesellschaft angewiesen? Das Sozial- und Gesundheitswesen leistet in seiner heutigen Professionalität sowohl dem Staat als auch der Wirtschaft unschätz-



STEFAN TAIBL
IST ARBEITERKAMMERRAT
DER AUGE/UG IN
NIEDERÖSTERREICH.

Und wie der Staat Gesetze umgeht.

Von Stefan Taibl.

bare Dienste! Krankheiten, die adäquat behandelt werden, verringern die Krankenstandszeiten. Wenn Erkrankte professionell gut versorgt werden, entlastet das Angehörige, die dadurch am Erwerbsleben teilnehmen können. Untersuchungen haben gezeigt, dass jeder Euro, der in das Sozialsystem fließt, über die Umwegrentabilität der Gesellschaft Mehrwert bringt. Noch viele Argumente lassen sich anführen. Demgegenüber steht nur ein großes Gegenargument: Zu teuer!

Ganz klar, es soll gespart werden. In Zeiten der Krise hat der Staat kein Geld mehr für diesen Luxus. Er spart jetzt schon, indem er Gesetze umgeht und missachtet! Gesetze werden jetzt schon von höchsten Regierungsebenen umgangen, um Einsparungen um jeden Preis durchzuführen!

GUTES BEISPIEL

Das „Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz“ ist ein gutes Beispiel. Die Projekte, die das Bundesministerium finanziert, um den Auftrag der öffentlichen Hand wahrzunehmen, sind alle privatisiert. Es gibt Einrichtungen, die seit mehr als fünfzehn Jahren ausschließlich im Auftrag des Bundesministeriums arbeiten. Gängige arbeitsrechtliche Bedingungen, die den Mitarbeitern zustehen, werden in den Vertragsbedingungen nicht anerkannt! Beispiel: Gefahren- und Erschwerniszulage. Laut gültigem Kollektivvertrag eine Leistung, über die eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen werden muss. Ein Urteil des Arbeits- und Sozialgerichts einer Einrichtung aus Tirol sagt ganz klar, die Betriebsvereinbarung ist nicht ausschlaggebend, dass Mitarbeiter eine Zulage bekommen. Ausschlaggebend sind die erschwerten Bedingungen. Das Bun-

desministerium stellte aber erst jüngst wieder in einer Stellungnahme an eine Einrichtung fest, dass die Zulage als freiwillige Leistung gewertet wird und somit nicht vom Bundesministerium refundiert wird. Sämtlichen anderen Einnahmen einer Einrichtung, die in das Projekt fließen (Spenden, ...), kürzen die Refundierungen des Projektes. Also gibt es keine Möglichkeit für Projektträger, die gesetzlichen Anforderungen des Kollektivvertrages zu erfüllen. Ebenso werden Reinigungspersonalkosten nicht als Personalkosten anerkannt! Vom „Sozialministerium“. Eine Sachlage, die man sich auf der Zunge zergehen lassen kann.

WEITERES BEISPIEL

Einige Länder, beispielsweise Niederösterreich, haben „auch“ viele Sozialaufgaben an private Träger ausgelagert. Grund sind natürlich billigere Gehaltsstrukturen. Die Mitarbeiter müssen von den Trägern nach den gültigen Kollektivverträgen bezahlt werden. Diese werden aber vom Land in den jährlichen Erhöhungen und den Refundierungen der Gehälter nicht anerkannt.

Beide Beispiele sind rechtlich in Ordnung, da ja der Arbeitgeber dafür haftet, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen eingehalten werden. Es zeigt aber, dass Ministerien und Länder gültige Gesetze bewusst umgehen, um Einsparungen zu erzielen. Wenn also schon die Regierung die Gesetze bewusst zu umgehen sucht, wie glaubhaft sind wir dann noch als Rechtsstaat? Und wie weit hat uns das Effizienzgeschrei der Wirtschaft schon im Griff, die alles immer billiger haben will, übrigens auch Ihre Arbeitskraft!

In der nächsten Zeit werden wieder viele Protestaktionen zur Erhaltung der sozialen Errungenschaften durchgeführt. Wir brauchen eine breite Solidarität und Achtsamkeit für diese Themen! Wir können die Zuverlässigkeit unserer Solidargesellschaft bewahren, wenn wir wollen!

Zum Thema Oberösterreich gibt es unter www.pmooe.at Informationen und Unterstützungsmöglichkeiten.

Sozialbereich in Oberösterreich:

PROTESTTAGE GEGEN STREICHKONZERT

Bei der gemeinsamen Betriebsversammlung von Pro Mente und Exit Sozial waren trotz „Arschkälte“ (Zitat Karin Antlanger) 1500 Betroffene, BetriebsrätInnen, und viel, viel Solidarität aus dem Umfeld der Gewerkschaft und auch von BetriebsrätInnen aus ganz anderen Branchen (Thalia, Coca-Cola, ...) und von der Protestbewegung Unibrennt.

Zwei Tage Warnstreiks im Sozialbereich – wann gab es das zuletzt? Und über dreißigtausend Unterschriften von UnterstützerInnen. Das war der Stand der Dinge und Proteste am 13. und 14. Dezember in Linz. „Nachdem es in den letzten zehn Jahren immer wieder zu Kürzungen im Sozialbereich kam und wir immer wieder Zugeständnisse machten, haben wir nun die Schnauze voll und werden dies nicht mehr hinnehmen,“ kommentierte Willi Steinberger, Betriebsrat der AUGÉ/UG bei pro mente. Um gleich hinzuzufügen: „Die Warnstreiks sind nur der erste Schritt. Am 18. Jänner 2011 wird eine Betriebsversammlung stattfinden und dort werden die nächsten Schritte beschlossen. Unser Kampf geht mit Sicherheit weiter.“

DER HINTERGRUND

Im Landesbudget sollen 25 Millionen Euro eingespart werden. Das Sozialbudget kann deshalb nur um zwei Prozent erhöht werden. Der Budgetposten für psychosoziale Beratungsstellen und Krisendienste sowie Freizeit- und Kommunikationseinrichtungen wird gleich um 33 Prozent gekürzt. In Folge dessen stehen 113 Kündigungen an, bei Pro Mente und Exit Sozial.

DER VERGLEICH

Bei der Westring-Pilgerfahrt nach Wien wurden von Landeshauptmann Pühringer (VP), Landesrat Ackerl und Bürgermeister Dobusch (beide SP) locker und freihändig 78 Millionen zur Mitfinanzierung für dieses widersinnige Verkehrsprojekt angeboten. Was für die

Soziallandesrat Ackerl kürzte um 33 Prozent, BetriebsrätInnen „haben die Schnauze voll“. Im Dezember wurde gestreikt und auf die Straße gegangen.

Von Christian Krall.



Sozialvereine fehlt, ist ein Betrag von 2,8 Millionen Euro. Im Westring-Bonus-Vergleich ein kleiner Betrag!

DER SKANDAL

Indem man gerade bei niederschwelligen Sozialleistungen massiv den Rotstift ansetzt, trifft man die Schwächsten der Gesellschaft. Seit dem Jahre 2001 stieg die Anzahl an KlientInnen alleine bei den Psychosozialen Beratungsstellen um rund dreißig Prozent, fast neunzigtausendmal werden diese Beratungsleistungen in ganz Oberösterreich, davon besonders in Linz, jährlich kontaktiert. Wenn über hundert MitarbeiterInnen dort gekündigt werden, wo ohnehin schon zu wenig Personalressourcen vorhanden sind, sind die dramatischen Folgen klar.

Menschen, die mit guter Betreuung im Alltag ihr Berufsleben meistern können, werden vermehrt in Krankenstand gehen und arbeitslos werden. Je weniger Menschen betreut werden können, umso mehr werden in stationäre Ein-

richtungen ausweichen müssen ... die jetzt schon überfüllt sind – mit den entsprechenden Folgen für die dort Beschäftigten (zusätzliche Krankenstände, zusätzliche Burn-outs) ...

Dazu kommen die krankmachenden Faktoren für die MitarbeiterInnen in den Sozialvereinen selbst: Verunsicherung, wen es jetzt trifft, wen es als nächste treffen wird ... Der Wunsch, trotzdem möglichst viele KlientInnen weiter bestmöglich zu betreuen – Überforderung dadurch; Frustration dadurch, weil man sehr schnell an die Grenzen stoßen wird.

Man kann davon ausgehen, dass das Vierfache dessen, was Ackerl jetzt in seinem Landesressort einspart, an Fol-

gekosten anfällt, die dann eben „die Allgemeinheit“ zu tragen haben wird. Ein finanzpolitisches Bravourstück – Hurra.

FRAGE ZULETZT

Wenn die GPA im Durchschnitt zwei Prozent Gehaltserhöhung ausverhandelt hat und damit die Inflation abgegolten sein soll – dann ist nicht ganz nachvollziehbar, woher im Sozialressort auf einmal so viele Mehrkosten erwachsen sollen, dass eine 33-Prozent-Kürzung in der psychosozialen Betreuung notwendig sein soll. Naiv gerechnet, mag sein ... aber es hat uns noch niemand besser erklärt (mit einer Rechnung, die – PISA-konform – „sinnerfassend lesbar“ ist).

Christian Krall, AUGÉ/UG, Oberösterreich.

NACH DER
PISA-BLAMAGE

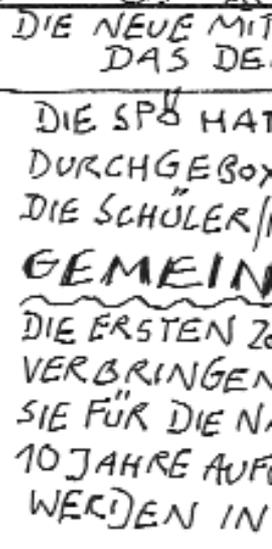
BILDUNG

NACHDEM DIE SPÖ ENDLICH EINGESEHEN HAT, DASS
DREIJÄHRIGE BEGABUNGSMÄSSIG AUSGEFORMT SIND

UND DIE SPÖ
GEGEN DIE
AUFGE...



WIR SIND FÜR
WHOLE-WEEK-S...



GANZ NEU

ÖSTERREICH
LERNT WIEDER LESEN

IP IHREN WIDERSTAND
GANZTAGSCHULE
GEBEN HAT

R DIE
CHGOL

MONTAG FRÜH
REIN-FREITAG
ABEND RAUS

ENDLICH IN
RUHE FERNSEHEN

UND SICH BEIDE EINIG SIND, DASS IN
ÖSTERREICH DIE VERPACKUNG
WICHTIGER IST ALS DER INHALT:

ANCE

DER KINDERGARTEN
HEISST JETZT
EXCELLENCEKINDERGARTEN

COOL SUPER

ME(!)

ALLE
ISCHEN

ATISSCHUL-
OBWOHL
DESTENS EIN
OK HABEN

DER FRONTALUNTERRICHT HAT ENDGÜLTIG
AUSGEDIENT!

WIR MACHEN
NUR MEHR
DORSAL-
UNTERRICHT

FELSCHULE ODER DAS SUPERGANZTAGEGYMNASIUM
R WELT ZEIGT WER DIE ALLERBESTEN SIND!

DAS ALLES
VORBEHALTLICH
DER ZUSTIMMUNG
DER LEHRER-
GEWERKSCHAFT

BEGABTEN
GRUPPE

GENIAL
GRUPPE

NOBELPREIS
TRÄGERGRUPPE

NIET

DANN
EBEN
NICHT!

KOLLEKTIVVERTRAGS-SPLITTER
LOHNRUNDE 2011:

WIR ZAHLEN FÜR DIE KRISE



**Gewerkschaft der Privatangestellten,
Druck, Journalismus, Papier**

Austrian Airlines

Nach wochenlangen Verhandlungen und einer Reihe von mobilisierenden Aktivitäten des Betriebsrates und der GPA-djp, zuletzt einer Urabstimmung der Belegschaft, einigten sich die Kollektivvertragspartner Anfang Jänner auf einen neuen Kollektivvertrag für die etwa 2500 technischen und kaufmännischen Angestellten.

Die Gehälter werden je nach Einkommenshöhe zwischen 35 und 45 Euro erhöht. Für die meisten Gehaltsgruppen bedeutet diese Einigung eine Erhöhung über der durchschnittlichen Inflationsrate des Jahres 2010. Teile der Erhöhung wurden bereits mit Wirkung 1. Dezember 2010 zur Auszahlung gebracht.

Zudem wurde vereinbart, dass die Gehälter mit 1. Jänner 2012 in der Höhe der Jahresinflation von 2011 erhöht werden. Bei einem positiven operativen Ergebnis der Austrian Airlines im Jahr 2011 von über fünfzig Millionen Euro gibt es zudem für jeden Angestellten eine Einmalzahlung in der Höhe von siebenhundert Euro.

Außerdem wurde die Verankerung von 1300 Euro Mindestgehalt im Kollektivvertrag erreicht und damit ein wichtiges gesellschaftspolitisches Anliegen umgesetzt.

Sozialversicherung

Nach Verhandlungen konnte Mitte Dezember 2010 für die rund 25.000 Angestellten die Kollektivvertrags-Runde erfolgreich abgeschlossen werden. Alle Gehaltsschemata werden um zehn Euro und weitere 1,2 Prozent (Kinderzulage auf 28 Euro) angehoben.

Handel

Die Kollektivvertragsverhandlungen für 450.000 Angestellten wurden erfolgreich abgeschlossen (Geltungsbeginn: 1. Jänner 2011, Laufzeit: 12 Monate):

- Gehälter bis 1500 Euro: +2,3 Prozent
- Gehälter bis 1800 Euro: +2,1 Prozent

- Gehälter ab 1801 Euro: +2 Prozent
- Lehrlingsentschädigung: +2,3 Prozent.

Das Gehalt in der Beschäftigungsgruppe 2, erstes und drittes Berufsjahr wird auf 1300 Euro, in der Beschäftigungsgruppe 3, erstes Berufsjahr auf 1300 Euro angehoben. Damit wurde das Ziel eines Mindestgehaltes von 1300 Euro und 7,80 Euro pro Arbeitsstunde für alle vollzeitbeschäftigten, qualifizierten Angestellten durchgesetzt.

Metallgewerbe

Ende November 2010 einigte sich die GPA-djp mit den Arbeitgebern auf Gehaltserhöhungen:

- Mindestgehälter: +2,45 Prozent
- Ist-Gehälter: +2,2 Prozent
- Lehrlingsentschädigung: +2,4 Prozent
- Zulagen: +2,2 Prozent
- Aufwandsentschädigung: +2,2 Prozent

Der neue Kollektivvertrag trat mit 1. Jänner 2011 in Kraft.

- Berechnungsmodus hinsichtlich des Ersatzes des Provisionsverdienstentganges: Klarstellung Berechnung durchschnittlicher Provisionsbezug der letzten zwölf Monate vor Karenzzeit, Mutterschutz.
- Errichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zum Thema „Tätigkeit im Außendienst“. Aufgabe der Arbeitsgruppe ist es die berufliche Tätigkeit des angestellten Versicherungsaußendienstes zu evaluieren.



Produktionsgewerkschaft

Raiffeisen Ware Austria

- Erhöhung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne um 2,20 Prozent, mindestens aber um dreißig Euro, plus einer Rundung auf den nächsten vollen Euro
- Bestehende Überzahlungen bleiben in ihrer Höhe aufrecht
- Erhöhung der Dienstalterszulage um 2,20 Prozent
- Erhöhung der Zulagen und Diäten um 1,80 Prozent, gerundet auf die nächsten 0,05 Euro
- Neuer Mindestlohn: 1330 Euro



Gewerkschaft Öffentlicher Dienst

Bisher stehen folgende Ergebnisse der Gehaltsschematas in den Kollektivverträgen von ausgliederten Bereiche fest:

Österreichische Bundesforste-AG

Die Gehaltsansätze des Kollektivvertrages sowie sonstige Bestandteile des Monatsbezuges wurden ab 1. Jänner mit einer Laufzeit von zwölf Monaten um 2,2 Prozent erhöht.

Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H.

Alle Gehälter sowie die Lehrlingsentschädigungen stiegen mit 1. Jänner 2011 um ein Prozent. Ab sofort gilt ein Fahrkostenersatz (unabhängig vom Wohnort) in der Höhe von 22,50 Euro (zwölfmal pro Jahr). Damit erhöhen sich die Gehälter von 1,45 Prozent bis 2,5 Prozent. Die Einführung einer Sonn- und Feiertagszulage bei regelmäßiger Arbeit an Sonn- und Feiertagen mit Schichtwechsel rundet das Verhandlungsergebnis ab.

Kunsthistorisches Museum

Die Gehälter und Zulagen in diesem Kollektivvertrag werden in zwei Schritten valorisiert: Mit 1. Jänner 2011 erfolgte eine Erhöhung der Ist-Gehälter um ein Prozent, im September 2011 wird eine weitere Erhöhung um ein Prozent erfolgen, dies mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 2011.

Agentur für Gesundheit- und Ernährungssicherheit GmbH

Die Beschäftigten der AGES, auf welche der Kollektivvertrag anzuwenden ist, erhalten seit 1. Jänner 2011 eine Erhöhung der KV- und Ist-Gehälter um 35 Euro. Die Lehrlingsentschädigung wird um den selben Betrag erhöht. Damit werde die unteren Einkommen über der Inflationsrate der letzten zwölf Monate angehoben.

Universitäten

Die im Kollektivvertrag verankerten Gehälter wurden ab 1. Jänner 2011 mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2011 um monatlich 34,50 Euro erhöht. Diese Gehaltsvalorisierung hat eine klare soziale Prägung, zumal die untersten Einkommen um 2,5 Prozent erhöht werden.

Weiters wurde der Bezieherkreis für Rufbereitschaftsentschädigungen ausgeweitet, eine Journaldienstzulage für teilzeitbeschäftigte ÄrztInnen eingeführt, sowie für die Beschäftigten günstigere Regelungen in Bezug auf die Abfertigung bei freiwilligem Wechsel in den Kollektivvertrag vereinbart.

Österreichische Akademie der Wissenschaften

Die Kollektivvertragsgehälter und Zulagen werden mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 2011 um 0,7 Prozent, mindestens jedoch um 35 Euro erhöht. Hier werden die unteren Gehälter über der Inflationsrate der letzten 12 Monate angehoben.

Weiters wurde eine Anerkennungsprämie für Lehrlinge eingeführt, die Mindestparameter des schriftlichen Arbeitsvertrages festgelegt, sowie eine Schlichtungsstelle einge-

richtet, welche zur Klärung strittiger Rechtsfragen aus dem Kollektivvertrag und Betriebsvereinbarungen angerufen werden kann.

Arbeitsmarktservice

Die Gehälter und Zulagen der im Arbeitsmarktservice beschäftigten ArbeitnehmerInnen wurden ab 1. Jänner 2011 um 1,25 Prozent erhöht. Pro Soll-Planstelle wird der Prämientopf um zweihundert Euro erhöht.

Die Anzahl der Leiterzulagen wurde durch Zusammenfassungen erhöht. Die Lehrlingsentschädigungen wurden deutlich erhöht.



Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe

Die Gehaltsverhandlungen für die Öffentlich Bediensteten für das Jahr 2011 standen unter keinem guten Stern: Die Bundesregierung hatte schon Monate vorher eine Diskussion über eine Null-Lohnrunde begonnen, auch einige Landesregierungen (zum Beispiel Kärnten und Salzburg) forderten eine Null-Lohnrunde für die Landes- und Gemeindebediensteten.

Schon im Jahr 2010 hatte es Probleme gegeben: Die Landesregierung in Salzburg „verordnete“ ihren Landesbediensteten eine Null-Lohnrunde, die Landes- und Gemeindebediensteten in Kärnten erhielten nur 0,6 Prozent statt der vereinbarten 0,9 Prozent. Die Vorarlberger Landesregierung konnte heuer mit der ÖVP-FPÖ-Mehrheit den im Dienstrecht der Vorarlberger Landes- und Gemeindebediensteten vorgesehenen Inflationsausgleich abschaffen und damit eine Null-Lohnrunde durchsetzen.

Und so sieht der Gehaltsabschluss (bereits in der zweiten Verhandlungsrunde vereinbart) auch aus: Es ist ein Spar-Gehaltsabschluss wie schon für das Jahr 2010. Die Gewerkschaftsführung wollte keinen Widerstand leisten, die Führung der Gewerkschaften GÖD und GdG-KMSfB bestehen aber auch aus ÖVP- und SPÖ-PolitikerInnen. So kann auch jetzt nur spekuliert werden, ob ein konsequenter gewerkschaftlicher Widerstand und Kampf für einen besseren Gehaltsabschluss auch Erfolg gebracht hätte.

Wie auch immer diese Einschätzung ausfällt, eines hat sich nicht geändert:

- Auch diesmal wurde in den Gewerkschaften weder vorher noch nachher wirklich über den Gehaltsabschluss diskutiert,
- es gab vorher auch keinen Beschluss in den Gewerkschaftsgremien über eine Forderung oder über mögliche Kampfmaßnahmen.

Wie immer, die Demokratisierung der Gewerkschaften ist weiterhin kein Anliegen von FSG und FCC. So bleibt nur die Analyse im Nachhinein.



BAGS-Kollektivvertrag

Vertretbarer Abschluss unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen

Die Kollektivvertragsverhandlungen für die etwa achtzigtausend Beschäftigten im privaten Gesundheits- und Sozialbereich konnten Mitte Jänner 2011 nach schwierigen Verhandlungen abgeschlossen werden. Die kollektivvertraglichen Löhne und Gehälter steigen um zwei Prozent, die Ist-Löhne und Gehälter um 1,85 Prozent.



Auch die kollektivvertraglichen Zulagen werden um zwei Prozent erhöht, die Ist-Zulagen steigen um 1,85 Prozent. Der Kollektivvertragsabschluss tritt mit Anfang Februar 2011 in Kraft und gilt für 12 Monate. „Wir konnten für die Beschäftigten damit die Abgeltung der Teuerung und einen leichten Reallohnzuwachs erzielen“, sagen die Verhandlerinnen der Arbeitnehmerseite, Eva Scherz (GPA-djp) und Michaela Guglberger (vida).

Erfreulich sind auch die Verbesserungen im Rahmenrecht, die den Gewerkschaften gelungen sind. „Wir haben erreicht, dass in Zukunft Vordienstzeiten ohne Rücksicht darauf, ob Teilzeit oder Vollzeit gearbeitet wurde, im Ausmaß von bis zu zehn Jahren voll angerechnet werden. Da es in den sozialen Diensten eine sehr hohe Teilzeitquote gibt, bringt das vielen bei einem Arbeitgeberwechsel einen höheren Einstiegslohn beziehungsweise -gehalt. Vor allem auch Frauen, die oft nach der Elternteilzeit den Betrieb wechseln“, sagt vida-Bundesfachgruppensekretärin Michaela Guglberger.

Eine Neuerung gibt es auch für Beschäftigte, die die Familienhospizkarenz zur Betreuung schwerkranker Angehöriger in Anspruch nehmen. „Zeiten der Hospizkarenz werden künftig für die Bemessung des Urlaubsanspruches, der Kündigungsfrist und den Anspruch auf Abfertigung alt angerechnet, so wie das bei der Elternkarenz schon jetzt der Fall ist“, sagt Eva Scherz von der GPA-djp. Eingetragene Partnerschaften werden bei der Fortzahlung des Entgeltes wegen Dienstverhinderung im BAGS-Kollektivvertrag nunmehr Eheschließungen gleichgestellt.

3.–5. November 2010:

Bemerkungen zum GPA-djp-Bundesforum

Von Hasan Tanyeli.

Wir als work@migration waren mit unseren Anträgen und Wortmeldungen auffallend präsent.

work@migration, die Interessensgemeinschaft in der GPA-djp, hat viele Anträge eingebracht. Da die Anträge insgesamt einen Umfang von 13 Seiten haben, wären Sie nicht geeignet, alle in der Alternative zu bringen.

Unsere Themen waren:

- Nationalen Aktionsplan für Integration und Chancengleichheit entwickeln (zugewiesen)
- Rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Positionen und Einstellungen bekämpfen (zugewiesen)
- Ministerium oder Staatssekretariat und kommunale Integrationsbeauftragte schaffen (zugewiesen)
- Staatsbürgerschaft (zugewiesen)
- Anerkennung von Qualifikationen und Kompetenzen (zugewiesen)
- Flucht ist kein Verbrechen! Keine Verhängung von Schubhaft über Asylsuchende! (angenommen)
- Verbesserung der Situation von SexdienstleisterInnen (zugewiesen)
- Bestellung eines/r hauptamtlichen Integrationsbeauftragten in der GPA-djp (zugewiesen)
- Mitwirkung von MigrantInnen am politischen und kulturellen Leben der GPA-djp (zugewiesen)
- MigrantInnen ohne gesicherten Aufenthalt (zugewiesen)

Ich rief auch zur Solidarität für den Antrag zur „papierlosen“ beziehungsweise „undokumentierte Arbeit“ von Leuten aus dem „Prekär Cafe“, die Mitglieder der GPA-djp sind, auf.

VERLÄNGERTER ARM DER STADTREGIERUNG?

Bei der letzten Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien im Dezember 2010 stellen wir in Absprache mit der „Initiative für kostenlose Notschlafplätze“ (INKONO) folgenden Antrag:

Nächtigungsgebühr stoppen!

Die 154. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien unterstützt die Forderungen der von MitarbeiterInnen der Wiener Wohnungslosenhilfe gemeinsam mit dem Österreichischen Berufsverband der SozialarbeiterInnen, Landesgruppe Wien, ins Leben gerufenen Initiative für kostenlose Notschlafplätze (INKONO) und fordert die zuständige Sozialstadträtin Sonja Wehsely und die Verantwortlichen des Fonds Soziales Wien (FSW) auf, von der Einführung eines Kostenbeitrages für Nachtnotquartiere Abstand zu nehmen.

Der Antrag wurde zwar nicht abgelehnt, sondern an den Arbeiterkammer-Ausschuss für Kommunal- und Regionalpolitik zugewiesen. Es bestand so zumindest die Chance, dass die Arbeiterkammer sich bereits vorhandene Expertisen zur Thematik einholt. Mit dem Ziel, eine entsprechende Vorgangsweise abzusprechen, ging ich am 13. Dezember zur Ausschusssitzung.

Und wer sass da? Der von der SPÖ-Stadtregerung eingesetzte Geschäftsführer des Fonds Soziales Wien (also Unternehmervertreter) Peter Hacker und die zuständige Leiterin des Bereichs Wohnungslosenhilfe im Fonds Soziales Wien! Da die AUGÉ/UG keine Information darüber hatte, hatten wir nicht einmal die Chance, im Vorfeld auch noch jemanden von INKONO für

Bericht vom Ausschuss für Kommunal- und Regionalpolitik der Wiener Arbeiterkammer. Von Christine Rudolf.

die andere Sichtweise zur Thematik und ihre Expertise vorzuschlagen.

Als Tischunterlage wurde uns folgende Antragsbehandlung zu Beginn der Sitzung vorgeschlagen:

Die Mindestsicherung setzt sich wie folgt zusammen:

Grundbetrag EUR 558,-, Wohnkostenanteil EUR 186,-. 2 Monate lang besteht die Möglichkeit, eine Notschlafstelle kostenlos zu benutzen, danach werden EUR 4,- pro Nächtigung eingehoben. Dies ergibt pro Monat EUR 124,-, das ist niedriger als der Wohnkostenbeitrag. Der Sinn ist, dass Menschen nicht länger als notwendig in einer Notschlafstelle bleiben sollen, das Ziel ist die längerfristige Reintegration. Dies geschieht über das System der Wohnungslosenhilfe, das in Wien besteht. Es wird daher vorgeschlagen, den Antrag abzulehnen.

Meine Empörung war perfekt und mein Ärger natürlich auch. Es war nicht einmal geplant meine Ausführungen zu unserem Antrag anzuhören, noch die eigentlich betroffene Seite – nämlich die Beschäftigten und ihre KlientInnen im Obdachlosenbereich – zu beteiligen.

Die verantwortliche Ausschussvorsitzende Barbara Teiber ist übrigens neben ihrer Funktion als FSG-Arbeiterkammer-Rätin auch im Vorstand der Arbeiterkammer sowie Regionalgeschäftsführerin der GPA-djp Wien und hat für die SPÖ zum Wiener Gemeinderat kandidiert. Im Übrigen hat auch die Interessengemeinschaft work@social der GPA-djp die INKONO unterstützt.

Die Antwort der Ausschussvorsitzenden auf meine Empörung fasse ich wie folgt zusammen: Als Ausschussvorsit-

zende wäre ihr das Recht vorbehalten zu entscheiden, wen sie sich als Experten hinzuzieht und wann sie das tut. Auf der Tagesordnung, die uns als Einladung übermittelt wurde, stand ja eh, dass unser Antrag Thema ist.

Und es wäre nicht notwendig die Betroffenen mit ein zu beziehen, denn wenn wir als AUGÉ/UG den Antrag stellen, gehe sie davon aus, dass auch wir über das Thema sprechen können. Überhaupt nehme sie meine Argumentation zur Kenntnis und mehr müsse sie auch nicht.

Daher habe ich im Ausschuss angekündigt: Vor dem nächsten Ausschuss

im März 2011 gibt es von uns in Zusammenarbeit mit den KollegInnen der INKONO (also jener „Seite“, für welche die Arbeiterkammer als Interessenvertretung eigentlich zuständig

wäre) eine schriftliche Stellungnahme zum Thema an alle Ausschussmitglieder und die Kommunalpolitik-Abteilung inklusive Auflistung darüber, was wir uns an Unterstützung seitens der Arbeiterkammer als Interessenvertretung erwarten.

Außerdem werde ich nochmals schriftlich vorschlagen, dass eine VertreterIn der „anderen Seite“ (zum Beispiel der „Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe“) beigezogen wird, um auch die Argumente der Interessenvertretung der unmittelbar Betroffenen zu hören, sich anschließend eine Meinung zu bilden und die Antragsbehandlung zu entscheiden.

Sollten wir bzw. die Anliegen der Betroffenen wieder nicht entsprechend unterstützt und unsere Stellungnahme und Vorschläge negiert werden, werden wir die Vorgangsweise entsprechend veröffentlichen und den unmittelbar Betroffenen zur Kenntnis bringen. Sie sollen sich dann ihr eigenes Bild über ihre Interessenvertretung und die bestimmende Mehrheitsfraktion FSG (SPÖ) machen.

Damit war die Debatte zum Antrag abgeschlossen und wurde von der Ausschussvorsitzenden auch nicht weiter kommentiert.



CHRISTINE RUDOLF
IST POLITISCHE
SEKRETÄRIN DER KIV.

Blitzlichter auf einige Zahlen, Daten, Fakten und Entwicklungen.

SOZIALBERICHT 2009–2010:

EINKOMMEN IN ÖSTERREICH

ENTWICKLUNG DER LOHNQUOTE

Die Lohnquote – also der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit (ArbeitnehmerInnen) am Volkseinkommen – ist seit dem Jahr 1978 von 77,7 Prozent (Höchststand) auf 71,9 Prozent im Jahr 2000 zurückgegangen, um bis 2006 auf nur noch 66,6 Prozent zu fallen.

Die um die Veränderung des Anteils der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen insgesamt „bereinigte“ Lohnquote verringerte sich von 71,7 Prozent (1978) auf 63,9 Prozent (2000) und 59,2 Prozent (2006).

GESCHLECHTSSPEZIFISCHE EINKOMMENSUNTERSCHIEDE

Die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede sind im untersten Einkommensviertel (1. Quartil) mit 39,5 Prozent um fast 10 Prozent höher als im dritten Quartil (31,1 Prozent).

Das Einkommen von Frauen des Einkommens der Männer betrug

- an der Obergrenze des schwächsten Einkommensviertel (alle Erwerbstätigen) im Jahr 1980 61,8 Prozent, im Jahr 1990 64,6 Prozent, um bis zum Jahr 2000 wieder auf 60,5 Prozent zu fallen. Arbeiterinnen verdienten 1980 im 1. Quartil 57,7 Prozent ihrer männlichen Kollegen, 1990 60,6 Prozent 2008 dagegen mit nur noch 56,6 Prozent, im Vergleich zu Arbeitern prozentuell weniger als 1980! Ähnlich stellt es sich bei weiblichen Angestellten im 1. Quartil dar: 1980

verdienten sie 62,3 Prozent der männlichen Angestellten. Die Situation verschlechterte sich kontinuierlich (1998: 61,1 Prozent) bis 2008 (56,5 Prozent).

- Im Einkommensmedian (50 Prozent verdienen mehr, 50 Prozent verdienen weniger, alle Erwerbstätigen) 1980 64,9 Prozent, 1995 68,8 Prozent um bis 2008 auf 66,7 Prozent zu fallen (Arbeiterinnen: 1980 61,5 Prozent, 1995: 64,5 Prozent, 2008 61,2 Prozent. Weibliche Angestellte: 1980 59,8 Prozent, 1995 61,1 Prozent, 2008 58,4 Prozent). Arbeitszeitstandardisiert (bereinigt um die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit) verdienten Frauen im Median 1980 71,2 Prozent der Männer, 1995 68,8 Prozent, bis 2008 allerdings schon nur mehr 66,7 Prozent.
- An der Obergrenze des 3. Quartils (alle Erwerbstätigen) verdienten Frauen 1980 65,2 Prozent, 1995 70,2 Prozent, 2008 allerdings schon nur mehr 68,9 Prozent der Männer in diesem oberen Einkommensbereich. Arbeiterinnen konnten im 3. Quartil ihre Position im Vergleich zu 1980 verbessern, allerdings nicht im Vergleich zu 1998: verdienten sie 1980 noch 62,3 Prozent der Männer, waren es 1995 64,7 Prozent um bis 2008 wieder auf 64,6 Prozent zu fallen. Nicht verbessern konnten sich weibliche Angestellte: sie verdienen 2008 mit 61,3 Prozent gegenüber männlichen Angestellten in dieser Einkommenskategorie weniger als 1995 (64,7 Prozent) und 1980 (62,1 Prozent).



VERTEILUNG DER LOHNSTEUER- PFLICHTIGEN EINKOMMEN

Die einkommensschwächsten zwanzig Prozent der ArbeitnehmerInnen erhielten 2008 gerade einmal 2,1 Prozent des gesamten Lohneinkommens. Das oberste Einkommensfünftel erhielt dagegen 47,1 Prozent. Lohneinkommen sind damit sehr ungleich verteilt, die Verteilung hat sich über die letzten dreißig Jahre hinweg signifikant verschlechtert.

Unselbständig Beschäftigte inklusive pragmatisierte Beamte hielten Anteil am Gesamteinkommen aller unselbständig Beschäftigten:

- 1. Quintil (unterstes Einkommensfünftel): die einkommensschwächsten 20 Prozent aller unselbständig Beschäf-

- tigten hielten 1976 4,8 Prozent des gesamten lohnsteuerpflichtigen Einkommens, 1995 2,9 Prozent, im Jahr 2008 schon nur noch 2,1 Prozent
- 2. Quintil: jenes zweitärmste Fünftel aller unselbständig Beschäftigten in dieser Einkommenskategorie verdienten 1976 noch 12,7 Prozent des gesamten Lohneinkommens, 1995 schon nur noch 10,9 Prozent, bis 2008 nur mehr 9,4 Prozent.
 - 3. Quintil: im mittleren Einkommensfünftel verdienten ArbeitnehmerInnen und Beamte 1980 18,3 Prozent des Lohneinkommens, 1995 17,7 Prozent und 2008 mit 17 Prozent ebenfalls etwas weniger als noch 1980.

(1995) auf 19,2 Prozent (2008) steigern. Das oberste Prozent aller unselbständig Beschäftigten (Bruttobezug über 15.541 Euro im Monat) steigerte seinen Anteil von 5,9 Prozent im Jahr 1995 auf 6,8 Prozent im Jahr 2008.

BRUTTO-, NETTOBEZÜGE 1995–2008

Die Verteilung der Nettobezüge (Bruttobezüge abzüglich von Lohnsteuern und den Beiträgen zur Sozialversicherung) stellt sich etwas gleichmäßiger dar, als jene der Bruttobezüge.

Allerdings kommt auch bei den Nettoeinkommen die steigende

- Das reichste Einkommensfünftel, das 5. Quintil kam 1995 auf 42,1 Prozent (44,4 Prozent), 2008 auf 43,6 Prozent (47,1 Prozent) aller Nettoeinkommen aus unselbständiger Beschäftigung.

Die reichsten fünf Prozent aller unselbständig Beschäftigten erzielten 1995 einen Anteil am gesamten Nettoeinkommen von 16,7 Prozent (17,7 Prozent), 2008 von 17,3 Prozent (19,2 Prozent). Das reichste Prozent an ArbeitnehmerInnen und Beamten bezog 1995 vier Prozent (5,9 Prozent) aller Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, 2008 sechs Prozent (6,8 Prozent).

Hinsichtlich der Entwicklung der Realeinkommen müssen insbesondere die unteren Einkommenschichten seit 1995 massive Kaufkraftverluste hinnehmen, die sich bis in die mittleren und oberen Einkommensbereiche ziehen.

Verteilungsentwicklung verfügbarer Haushaltseinkommen unselbständig Beschäftigter 2008 (2000)

- Die ärmsten 20 Prozent der Haushalte unselbständig Beschäftigter (1. Quintil) bezogen 2008 10,5 Prozent (10,6 Prozent),
- Das 2. Quintil erzielte 2008 14,9 Prozent (15,1 Prozent) der verfügbaren Haushaltseinkommen – ohne Selbständige,
- Das mittlere, 3. Haushalts-Quintil bezog 18,3 Prozent (18,4 Prozent) der verfügbaren Haushaltseinkommen (ohne Selbständige),
- Das 4. Quintil der Unselbständigen-Haushalte kam auf 22,6 Prozent (22,3 Prozent) der verfügbaren Haushaltseinkommen (ohne Selbständige),
- Das 5. Quintil auf 33,7 Prozent (33,7 Prozent) der verfügbaren Haushaltseinkommen (ohne Selbständige).



- 4. Quintil: das zweitreichste Fünftel aller unselbständig Beschäftigten hielt 1980 einen Anteil von 24 Prozent des Lohneinkommens, welcher mit 24,1 Prozent 1995 und 24,4 Prozent 2008 annähernd stabil geblieben ist.
 - 5. Quintil: das reichste Fünftel bezog 1980 40,2 Prozent des gesamten Lohneinkommens in Österreich, 1995 schon 44,4 Prozent und mit 47,1 Prozent im Jahr 2008 um fast zwanzig Prozent mehr als noch 1980.
- Die obersten fünf Prozent – also das reichste Einkommenszwanzigstel aller unselbständig Beschäftigten – mit Bruttobezügen über 8791 Euro im Monat, konnten ihren Einkommensanteil am gesamten österreichischen Lohneinkommen von 17,7 Prozent

Ungleichheit in der Einkommensverteilung zum Ausdruck.

Verteilung Nettoeinkommen (Brutto in Klammer), Anteil am gesamten Nettolohneinkommen:

- Das ärmste 1. Quintil bezog 1995 3,4 Prozent (2,9 Prozent), 2008 2,7 Prozent (2,1 Prozent).
- Das 2. Quintil bezog 1998 12,1 Prozent (10,9 Prozent), 2008 10,9 Prozent (9,4 Prozent).
- Das mittlere 3. Quintil kam 1998 auf 18,2 Prozent (17,7 Prozent), 2008 auf 18,4 Prozent (17,0 Prozent) der Nettolohneinkommen.
- Das 4. Quintil kam 1998 auf 24,2 Prozent (24,1 Prozent), 2008 24,4 Prozent (24,4 Prozent) aller Lohneinkommen nach Sozialabgaben und Steuern.

Weitere Ergebnisse des „Sozialberichts 2009–2010“ des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz sowie des aktuellen Einkommensberichts des Rechnungshofes gibt es auf <http://diealter-native.org/verteilungsgerechtigkeit>.

Einige Zahlen, Daten, Fakten.

SOZIALBERICHT 2009–2010:

ARMUT IN ÖSTERREICH

Armutsgefährdungsschwelle 2008:
11.406 Euro im Jahr

Armutsgefährdung im Jahr 2009:

- Armutsgefährdungsschwelle: 12,4 Prozent der österreichischen Bevölkerung, das sind rund 993.000 Personen.
- Laut der „Gemeinschaftsstatistiken über Einkommen und Lebensbedingungen“ (EU-SILC 2008) haben armutsgefährdete Haushalte ein um rund 15 Prozent („Armutsgefährdungslücke“) unter der Armutsschwelle liegendes Einkommen (9662 Euro jährlich)
- Gesamtbetrag der „Armutsgefährdungslücke“: 0,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, das sind 1,75 Milliarden Euro.

Armutsgefährdungsquote nach Alter und Geschlecht (2008)

- 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahre
- 10 Prozent der Männer zwischen 18 und 64 Jahre
- 12 Prozent der Männer über 65 Jahre
- 13 Prozent der Frauen über 18 Jahre
- 12 Prozent der Frauen zwischen 18 und 64 Jahre
- 17 Prozent der Frauen über 65 Jahre.

Armutsgefährdung nach Haushaltsform (2008)

- von Haushalten mit Pension (mindestens 50 Prozent des Haushaltseinkommens sind Pensionen) waren zu 16 Prozent, aber alleinlebende Männer zu sechzehn Prozent, alleinlebende Frauen zu vierundzwanzig Prozent, Mehrpersonenhaushalte zu dreizehn Prozent armutsgefährdet

- von Haushalten ohne Pensionen (weniger als 50 Prozent des Haushaltseinkommens sind Pensionen) zu 12 Prozent armutsgefährdet, aber alleinlebende Männer zu 16 Prozent, alleinlebende Frauen zu 20 Prozent, Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder zu 6 Prozent armutsgefährdet
- von Haushalten ohne Pension mit Kindern waren 13 Prozent armutsgefährdet, aber Ein-Eltern-Haushalte zu 29 Prozent, Mehrpersonenhaushalte mit einem Kind zu 9 Prozent, Mehrpersonenhaushalte mit zwei Kindern zu 10 Prozent, Mehrpersonenhaushalte mit mindestens drei Kindern zu 20 Prozent armutsgefährdet.

BESONDERS GEFÄHRDETE BEVÖLKERUNGSGRUPPEN

Im Jahr 2008 waren bei einer österreichischen Gesamtbevölkerung von 8,242 Millionen Menschen 1,018 Millionen Personen armutsgefährdet. Die Armutsgefährdungsquote lag dabei bei Personen mit Haushalten mit

- Langzeitarbeitslosigkeit bei 43 Prozent (Armutsgefährdungslücke: 21 Prozent)
- Sozialleistungen als Haupteinkommen (ohne Pensionen im Pensionsalter 60 bzw. 65 Jahre) bei 43 Prozent (Armutsgefährdungslücke: 18 Prozent)
- ausländischem Mitglied (Nicht-EU, EFTA) bei 26 Prozent (Armutsgefährdungslücke: 18 Prozent)
- Eingebürgerten (ohne ausländisches Mitglied) bei 22 Prozent (17 Prozent)

- Behinderung (bei Person im Erwerbsalter) bei 19 Prozent (18 Prozent)
- Mehrpersonen mit mindestens 3 Kindern bei 20 Prozent (16 Prozent)
- jüngstem Kind 4 bis 6 Jahre bei 6 Prozent (17 Prozent)
- einem Elternteil bei 29 Prozent (16 Prozent)
- alleinlebenden Frauen mit Pension bei 24 Prozent (14 Prozent)
- alleinlebenden Frauen ohne Pension bei 20 Prozent (20 Prozent)

ARMUTSGEFÄHRDUNG NACH HAUPTTÄTIGKEIT

Insgesamt waren 2007 von 5,050 Millionen Personen im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre) 542.000 Menschen, das sind 11 Prozent, armutsgefährdet.

- Von 3,175 Millionen ganzjährig Erwerbstätigen (12 Monate erwerbstätig) waren 181.000 Personen (6 Prozent) armutsgefährdet. Von 2,609 Millionen ganzjährig und Vollzeit-Erwerbstätigen waren 129.000 (6 Prozent) armutsgefährdet, von 566.000 ganzjährig, Teilzeit-Erwerbsaktiven, waren 52.000 (9 Prozent) armutsgefährdet.
- Von 504.000 nicht ganzjährig erwerbstätigen Personen (weniger als zwölf Monate erwerbstätig, weniger als sechs Monate arbeitslos) waren 66.000 (13 Prozent) armutsgefährdet.
- Von den 248.000 mehr als sechs Monate arbeitslosen Menschen waren 97.000 (39 Prozent) armutsgefährdet.

- Von 1,122 Millionen nicht Erwerbsaktiven waren 198.000 (18 Prozent) armutsgefährdet. Von 507.000 PensionistInnen im Erwerbsalter waren 59.000 (12 Prozent), von 158.000 Personen in Ausbildung (18 Prozent), von 457.000 Personen im Haushalt (24 Prozent) armutsgefährdet.

WORKING POOR

247.000 Personen sind – bedingt durch ihr eigenes niedriges Einkommen oder die Haushaltszusammensetzung und mangelnde Erwerbsintensität des Haushalts – armutsgefährdet, obwohl sie einer Erwerbsarbeit nachgehen. Das sind sieben Prozent der Erwerbstätigen zwischen 20 und 64 Jahren.

Als erwerbstätig werden dabei jene Personen definiert, die mindestens ein Monat Vollzeit- oder Teilzeit erwerbstätig und nicht mehr als sechs Monate arbeitslos waren. Von den Working poor waren

nach Geschlecht und Alter

- 53 Prozent Männer, davon 43 Prozent zwischen 20 und 39 Jahre, 56 Prozent zwischen 40 und 64 Jahre
- 47 Prozent Frauen, davon 51 Prozent im Altern von 30 bis 39 Jahren, 49 Prozent zwischen 40 und 64 Jahre

nach höchstem Bildungsabschluss

- 32 Prozent mit maximal Pflichtschulabschluss
- 43 Prozent mit maximal Lehre oder mittlere Schule
- 18 Prozent mit maximal Matura
- 16 Prozent mit Universitätsabschluss

nach Erwerbsstatus im Jahr 2009:

- 52 Prozent ganzjährig Vollzeit erwerbstätig
- 21 Prozent ganzjährig Teilzeit erwerbstätig
- 27 Prozent nicht ganzjährig erwerbstätig

nach beruflicher Stellung

- 31 Prozent HilfsarbeiterInnen
- 15 Prozent FacharbeiterInnen
- 9 Prozent Meister oder arbeiteten in einer mittleren Tätigkeit
- 7 Prozent in einer höheren oder hochqualifizierten Tätigkeit beschäftigt
- 22 Prozent selbständig
- 16 Prozent aktuell nicht erwerbstätig Unregelmäßig Beschäftigte (Werk-, DienstvertragsnehmerInnen oder 2007 weniger als 10 Monate Vollzeit oder Teilzeit beschäftigt) waren zu 15 Pro-

zent (75.000 Personen) armutsgefährdet, Teilzeitbeschäftigte unter 12 Stunden zu 16 Prozent (18.000), Beschäftigte im Niedriglohnbereich (Stundenlohn beträgt weniger als 8,77 Euro, bei Vollzeit weniger als 1000 Euro) zu 28 Prozent (31.000) armutsgefährdet.

ARMUTSGEFÄHRDUNG NACH ERWERBSINTENSITÄT

Von 6,456 Millionen Personen in Haushalten mit mindestens einer Person zwischen 18 und 59 Jahren (ohne StudentInnen) waren 776.000 armutsgefährdet.

Von diesen Personen gingen

- 252.000 Personen (33 Prozent) keiner oder einer geringen Erwerbsbeteiligung nach
- 397.000 Personen (51 Prozent) teilweise einer Erwerbsbeteiligung
- 126.000 Personen (16 Prozent) einer vollen Erwerbsbeteiligung nach.

Von den 124.000 armutsgefährdeten Personen in Ein-Personen-Haushalten

- gingen 62.000 Personen (50 Prozent) – nahezu – keiner Erwerbsbeteiligung,
- 26.000 Personen (21 Prozent) teilweise und
- 36.000 Personen (29 Prozent) einer vollen Erwerbsbeteiligung nach.

Von den 652.000 armutsgefährdeten Personen in Mehr-Personen-Haushalten gingen

- 190.000 Menschen (29 Prozent, nahezu keiner Erwerbsbeteiligung,
- 372.000 (57 Prozent) teilweise und
- 90.000 (14 Prozent) voll einer Erwerbsbeteiligung nach.

ERWERBSBETEILIGUNG DER FRAUEN

- In Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder sinkt die Armutsgefährdung in Familien von vierzehn auf vier Prozent, wenn die Frau erwerbstätig (Voll- oder Teilzeit) ist.
- In Mehrpersonenhaushalten mit einem Kind sinkt die Armutsgefährdung von zwanzig auf sechs Prozent wenn die Frau erwerbstätig ist.
- In Mehrpersonenhaushalten mit zwei Kindern sinkt die Armutsgefährdung bei Erwerbstätigkeit der Frau von achtzehn auf sieben Prozent.
- In Mehrpersonenhaushalten mit mindestens drei Kindern sinkt die

Armutsgefährdung bei Erwerbstätigkeit der Frau von 28 auf 14 Prozent.

- In Ein-Eltern-Haushalten sinkt die Armutsgefährdung bei Erwerbstätigkeit des Elternteils von 60 auf 21 Prozent.

Wie wichtig Kinderbetreuungs-, und bildungseinrichtungen zur Verhinderung von Familienarmut sind (weil dadurch vielfach erst die Erwerbstätigkeit beider Elternteile oder des alleinerziehenden Elternteils ermöglicht wird) zeigen folgende Ergebnisse:

- Ist das jüngste Kind unter drei Jahre alt liegt die Armutsgefährdung bei 18 Prozent im Falle der Nicht-Erwerbstätigkeit der Frau. Mit Erwerbsbeteiligung der Frau sinkt diese auf 7 Prozent.
- Ist das jüngste Kind zwischen 4 und 6 Jahre sinkt die Armutsgefährdung der Familie bei Erwerbstätigkeit der Frau von 32 Prozent auf 10 Prozent.
- Ist das jüngste Kind über 6 Jahre geht die Armutsgefährdung bei Erwerbstätigkeit der Frau von 32 auf 9 Prozent zurück.
- Gesamt geht die Armutsgefährdungsquote – unabhängig davon ob die Frau erwerbstätig ist, oder nicht – von 14 Prozent, wenn das jüngste Kind unter 3 Jahre alt ist, auf 12 Prozent zurück, wenn das Kind 6 Jahre und darüber ist.



Mehr zum Sozialbericht 2009–2010 des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz unter <http://diealter-native.org/verteilungsgerechtigkeit>.

EURATOM-VOLKSBEGEHREN

Frage: Das Volksbegehren hat das Ziel, eine Volksabstimmung über den Ausstieg Österreichs aus der Europäischen Atomgemeinschaft „Euratom“ zu erreichen. Wie schätzt ihr die Zustimmung ein?

Antwort: Laut Umfragen wollen 78 Prozent der ÖsterreicherInnen raus aus Euratom. Österreich sagt „Nein“ zu Atomenergie und die ÖsterreicherInnen lehnen es auch ab, dass mit unseren Steuergeldern die europäische Atomwirtschaft gestützt wird! Bei den Familien, den Studenten, der Bildung, den Zivildienern ... überall wird gespürt – nur bei der Atomenergie kennt man kein Halten. Zusätzliche 1600 Millionen Euro für den Kernfusionsreaktor ITER sind im Sommer 2010 auch mit Zustimmung Österreichs bewilligt worden ...

Manche sagen, wenn wir nicht bei Euratom dabei sind, können wir nicht mitreden.

Wenn Österreich innerhalb von Euratom eine engagierte Antiatom-Politik machen würde, wie sich das die ÖsterreicherInnen erwarten, würde es weder die Kampagne „Österreich – Raus aus Euratom“ noch das jetzige Euratom-Volksbegehren geben! Für Antiatom-Politik ist innerhalb von Euratom kein Platz vorgesehen. Euratom ist gegründet worden, um die Voraussetzungen für den Aufbau einer mächtigen europäischen Atomindustrie zu schaffen. Nach 15 Jahren Mitgliedschaft Österreichs bei Euratom fällt die Bilanz sehr ernüchternd aus: Das Euratom-Forschungsbudget ist nicht etwas verringert worden oder ist gleich geblieben, sondern hat sich mit österreichischer Zustimmung verdreifacht. Österreich hat auch seine Zustimmung zu einer äußerst schwachen Sicherheitsrichtlinie für AKWs gegeben: anstatt auf den höchsten Sicherheitsstandards zu beharren, geben sich die österreichischen PolitikerInnen mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner bei der Atomsicherheit zufrieden.

Renate Vodnek sprach mit Roland Egger, Sprecher von Atomstopp-Oberösterreich.



Kann ein Volksbegehren überhaupt etwas bewirken (auch wenn es genug Unterschriften bekommen hat)?

Es hat in der Vergangenheit Volksbegehren gegeben, die zwar erfolgreich waren, bei denen aber die jeweilige Bundesregierung wenig Scheue hatte, die Anliegen der Bevölkerung in einer Schublade verschwinden zu lassen. Was sie aber mit dieser Vorgangsweise auf keinen Fall erreichen dürfen, ist, dass das Instrument der direkten Demokratie als „zahnlos“ oder „sinnlos“ eingestuft wird und nicht mehr genutzt wird. Wir Bürgerinnen und Bürger müssen Mittel der direkten Demokratie vermehrt einsetzen und damit aufwerten. Positives Beispiel: das österreichische Atomsperrgesetz wurde 1999 in der österreichischen Verfassung verankert – auf Grund der Forderung eines Volksbegehrens.

EURATOM-VOLKSBEGEHREN

28. Feber bis 7. März 2011, in allen Gemeindeämtern und Magistraten.
 Öffnungszeiten: 8–16 Uhr (an zwei Werktagen bis 20 Uhr).
 Jede Österreicherin, die spätestens am 7. März 2011 das 16. Lebensjahr vollendet hat, darf unterschreiben.
 Informationen: euratom-volksbegehren.at

URIEL

Kriminalroman von Dorothea Zeemann.

Heinrich Uriel, Universitätsprofessor in Wien, gehört zu jenen Vertretern seiner Zunft, die sich noch nie besonders großer Beliebtheit erfreut haben: machtbesessen, von Studenten und Mitarbeitern unter Vorwänden wissenschaftlich das einfordern, was sich für ihn persönlich trefflich verwerten lässt, renommiert und auf Wirkung bedacht.

Nicht unbedingt ein edler Charakter. Und da stirbt er eben. Wer aus seinem Umfeld wird als Schuld-Beladener vor Gericht stehen?

Der in den frühen 1970er-Jahren von Dorothea Zeemann verfasste Kriminalroman „Uriel“ wurde weder zu ihren Lebzeiten noch später publiziert. Das im Literaturarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek verwahrte Originalmanuskript erfährt somit nach behutsamer „Restaurierung“ und Nachbearbeitung eine bemerkenswerte Buchpremiere.

Die Erwartung ist vielleicht gar nicht zu hoch gesteckt, dass diese beliebte, wenn auch nicht unumstrittene Wiener Schriftstellerin, die gerne Tabus brach und mit ihrem sarkastisch-pointierten Stil bei Lesungen stets auf ein interessiertes Publikum traf, mit diesem im Wiener Universitätsmilieu spielenden Roman siebzehn Jahre nach ihrem Tod neue LeserInnen-Generationen faszinieren wird.



Verlag Der Apfel,
 ISBN 978-3-85450-009-4,
 19,80 Euro.

„WIR SIND FRIEDLICH – WAS SEID IHR?“¹⁾

Wie jedes Jahr stellten sich zehntausende AtomkraftgegnerInnen in den Weg – blockierten die Schienen und Straßen und versuchten damit, die Waggonen mit den elf Atommüllbehältern aufzuhalten.

Das gelang auch – der Castor-Transport brauchte so lange wie nie zuvor. Die größten Massenproteste als Antwort auf die Verlängerung der Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke. Während der Transporte sind Versammlungen entlang der Strecke verboten – in letzter Zeit bergen Proteste Gefahren abseits von Tränengas, Wasserwerfern und Polizeiknüppeln: Die Staatsanwaltschaft Lüneburg ermittelt gegen die InitiatorInnen und UnterzeichnerInnen der Facebook-Seite „Castor Schottern“. Ermittlungen werden sogar gegen jene nicht ausgeschlossen, die bei dieser Seite auf den „gefällt mir“-Button geklickt haben (und deren Facebook-FreundInnen – sag mir wessen FreundIn du bist, und ich sag dir welche Straftat du vor hast zu begehen?).

Durch kollektives Steine aus dem Gleisbett entfernen („Schottern“) wollten AktivistInnen die Schienen für die Atommüllbeförderung unbefahrbar machen. Die Polizei sieht darin eine mögliche Gefährdung öffentlicher Betriebe sowie einen möglichen Verstoß gegen den Paragraph 111 Strafgesetzbuch, der „das öffentliche Aufordern zu Straftaten mit einer Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder einer Geldstrafe bedroht“²⁾.

Straßen blockierende Traktoren, die verhindern wollten, dass die Polizei zu den Schienen gelangte, fallen laut Polizei unter die Kategorie „Verdacht auf Nötigung“. Das Argument der Gefährdung (zum Beispiel durch Zug-Entgleisung) zählt nicht, da außer dem Castor-Transport kein Zugverkehr stattfindet und diesem ein Prüffahrzeug voran fährt, das den Zustand der Schienen prüft.

Es stellt sich auch die Frage, ob die Risikotechnologie Atomkraft nicht die größere Gefährdung für Mensch und

Wie jedes Jahr rollte Anfang November der Castor-Zug mit atomarem Restmüll von der Wiederaufbereitungsanlage La Hague in das Lager nach Gorleben.

Umwelt ist: Durch Umweltzerstörungen durch den Uranabbau, dem nicht existenten (sicheren) Endlager oder der Existenz der Atombombe³⁾.

Doch Protest und ziviler Ungehorsam ist mitunter auch gesundheitsgefährdend: Während Innenminister Thomas de Maizière den Protestierenden eine „hohe kriminelle Energie“ und der Polizei ein besonnenes Handeln mit Augenmaß bescheinigte, sprach die

BürgerInneninitiative Umweltschutz von „einer regelrechten Jagd“ auf DemonstrantInnen⁴⁾⁵⁾.

Dem Großaufgebot der Polizei gingen Kollegen aus ganz Europa – wie zum Beispiel französische Polizisten der Eliteeinheit CRS – zur Hand⁴⁾.

Fazit: Über 1000 verletzte Menschen, 950 Augenverletzungen, 16 Brüche, 29 Kopfplatzwunden und drei Gehirnerschütterungen⁶⁾. 1000 Leute wurden weiters in einer „Freiluft-Gefangenen-sammelstelle“ auf einem ungeschützten Acker festgehalten – 8 Stunden lang bei bis zu Minus 5 Grad⁷⁾. Dennoch: Der Widerstand geht weiter – beim nächsten Transport.

¹⁾ Demo-Spruch

²⁾ Gefährliches Gefallen, 5. November 2010

³⁾ castor-schottern.org, 29. November 2010

⁴⁾ Junge Welt, November 2010, S. 3

⁵⁾ redglobe.de/deutschland/umwelt, 24. November 2010

⁶⁾ Junge Welt, 9. November 2010, S. 1

⁷⁾ tageszeitung, 16. November 2010



UNKONKRETES CANCUN

Die offizielle UNO-Klimakonferenz in Cancun endete, wie zu erwarten, mit einem „fracaso“ (Flop). Gerade zwei windige, nichtssagende Texte wurden gegen den massiven Widerstand Boliviens verabschiedet. „Unten“ in der Gesellschaft bewegte sich viel, aber bei weitem nicht genug, um die „oben“ zu einer Kurskorrektur zu zwingen.

Mexico hatte bewusst Cancun als Austragungsort der UNO-Klimakonferenz gewählt: weil es weit abgeschieden auf der Halbinsel Yucatan liegt – also mit Protesten nur schwer erreichbar ist. Und um den mondänen Badeort als „Entwicklungsmodell“ zu vermarkten. Weder konnten die Proteste verhindert werden, noch gelang es, Cancun als „Fortschritt“ zu verkaufen. Ein Blick hinter die glitzernden Fassaden genügte, um das soziale Elend des Großteils der Bevölkerung (vor allem Mayas) zu begreifen.

Die offizielle Konferenz (COP 16) schleppte sich gut eine Woche dahin, ohne dass sich etwas bewegte. Die USA waren nur niederrangig vertreten, Japan gab zu verstehen, dass es nicht einmal die Verlängerung des ohnedies löchrigen Kyoto-Abkommens wolle etc. In den Medien machte das Gerücht die Runde, dass Geheimverhandlungen stattfinden. Als dann Mexico mit zwei Texten anrückte, wurde die Parole vom „Durchbruch“ ausgegeben.

Die beiden Dokumente sind jedoch unkonkret bis zum Geht-nicht-mehr. Es wimmelt von Kann-Bestimmungen und Konjunktiven wie: „Die Erderwärmung soll auf zwei Grad beschränkt werden“. Es fehlen klare Zielvorgaben, Finanzierungen und konkrete Zeitrahmen. Auch hinsichtlich „Kyoto2“ ist nur von einem „soll“ die Rede. Einzig und allein Bolivien tanzte aus der Reihe. Sein UNO-Botschafter Pablo Solon präsentierte unter anderem die Ergebnisse des Alternativengipfels von Cochabamba und forderte, dass „die Industriestaaten ihre Emissionen um vierzig bis fünfzig Prozent reduzieren“. Bolivien wurde jedoch im Regen stehen gelassen –

UNO-Klimakonferenz- und Alternativengipfel – eine kritische Bilanz.

Von *Hermann Dworczak*.

auch von den ALBA-Staaten (Bolivarianische Allianz für Amerika) wie Ecuador oder Kuba.

Um mehr zu erreichen, wäre eine Art „politische Zangenoperation“ nötig gewesen. Eine breitere Offensive drinnen im Moon Palace, dem offiziellen Tagungsort und eine starke internationale, weltweite Bewegung draußen. Zweifelsohne gab es phantasievolle Aktionen – etwa gegen die Weltbank,

peilten, „gleichzeitigen 1000 Cancun“ zu merken. Bei uns fand nur in Graz eine starke Aktion statt.

„Oben“ wird nun das Dossier weitergereicht: Zur nächsten UNO-Konferenz im Dezember 2011 in Durban, Südafrika (COP 17). Mensch braucht kein Prophet sein, um zu vermuten, dass auch dort wenig rauskommen wird. Angesichts der offen ausbrechenden kapitalistischen Krisen haben die Herrschenden noch weniger Interesse an Umweltfragen.

„Unten“ soll die strategische Debatte weiterentwickelt werden. Nach den Alternativengipfeln in Kopenhagen (fünfzigtausend TeilnehmerInnen; Demonstration mit achtzigtausend Leuten), Cochabamba (fünfunddreißigtausend TeilnehmerInnen) und nun dem Alternativengipfel in Cancun ist offensichtlich, dass auch noch so hervorragende inhaltliche Positionen (zusammengefasst unter anderem in „Systemwandel statt Klimawandel“



oder das Greenpeace-Schiff, das spektakulär vor Anker ging. Und es gab eine Fülle inhaltlich guter (Gegen-)Veranstaltungen.

Aber es war deutlich zu erkennen, dass wichtige AkteurInnen der mexikanischen Bewegungen und der Linken fehlten, wie die „Partei der demokratischen Revolution“ oder die Zapatisten. Cancun wurde kurzfristig nicht als (welt)politischer Kristallisationspunkt begriffen. Es gab am 7. Dezember schließlich nicht *eine*, sondern zwei Demonstrationen: Via campesina versuchte allein zum Moon Palace vorzudringen. Das berühmte Sektierertum hatte sich auch hier durchgesetzt. Auch international war wenig von den ange-

oder „Rettung der Mutter Erde“) nicht ausreichen. Notwendig ist der mühsame Aufbau einer globalen Bewegung, die innigst ökonomische, soziale und ökologische Fragen vernetzt. Und sich massiv Gedanken macht, durch welche Veränderungen der gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse beziehungsweise Bündnisse die Alternativkonzepte durchgesetzt werden können. Das Weltsozialforum in Dakar, Senegal (6. bis 11. Februar 2011) bietet sich an, diese Fragen weiter zu diskutieren.



TODSCHICKE JEANS KOSTEN MENSCHENLEBEN

AktivistInnen der „Clean Clothes Kampagne“ riefen bei einer Solidaritätskundgebung in der Türkei zu einem weltweiten Boykott von Jeans auf, denen durch die so genannte Sandstrahltechnik ein abgenutzter Look verliehen wird.

Das Geschäft mit den modischen Sandstrahl-Jeans ist für Markenfirmen wie Tommy Hilfiger und Co. ein profitables Geschäft – die Kosten für das Sandstrahlen in der Türkei sind extrem gering, der Umsatz, der mit solchen Hosen gemacht wird, hingegen hoch. Den ArbeiterInnen allerdings können diese todschicken Jeans das Leben oder zumindest die Gesundheit kosten. Mit Hochdruck-Schläuchen richten sie quarzhaltigen Sand auf bestimmte Stellen des Stoffes. Dabei gelangen Unmengen von Sandstaub in die Luft und ohne ausreichende Schutzkleidung, wie es vielerorts üblich ist, in die Lungen. Dort verursacht er schnell und mit hoher Wahrscheinlichkeit die unheilbare und oft zum Tod führende Krankheit Silikose (Staublunge). Das türkische Solidaritätskomitee für SandstrahlerInnen schätzt, dass alleine in der Türkei vier- bis fünftausend ArbeiterInnen von der Krankheit betroffen

***Clean Clothes Kampagne* ruft zum Boykott sandgestrahlter Jeans auf. Tausende ArbeiterInnen leiden durch diesen Modetrend an der unheilbaren Lungenkrankheit Silikose.**

sind; 46 ArbeiterInnen kostete der Modetrend bereits das Leben.

Adulhalim Demir, ein Aktivist dieses Komitees befürchtet, dass die Dunkelziffer deutlich höher liegen dürfte. Er arbeitete selbst nur ein Jahr lang als Sandstrahler für Leke Jeans, einem Zulieferbetrieb von Tommy Hilfiger und erkrankte rasch an Silikose: „Bereits 46 Prozent meiner Lunge sind zerstört. Ich kann keine körperlich belastende Arbeit mehr machen. Ich kann nicht laufen. Ich bekomme schwer Luft und kann nicht gut sprechen.“ Adulhalim Demir ist arbeitsunfähig, aber er setzt sich nun für seine KollegInnen ein. Allein in seinem ehemaligen Betrieb seien 144 von 157 ArbeiterInnen an Silikose erkrankt, für sie will er Entschä-

digungen erkämpfen. „Wir wollen, dass die schuldigen Markenfirmen Verantwortung für die erkrankten SandstrahlerInnen und Sandstrahler übernehmen und ihnen eine angemessene medizinische Versorgung sichern, sowie Entschädigungen zahlen“, betont Demir. Ende September 2010 gelang es erstmals einem an Silikose erkrankten ehemaligen Sandstrahler diese Forderung auch vor Gericht durchzusetzen.

Aufgrund des enormen Gesundheitsrisikos hat die Türkei das Sandstrahlen von Jeans im März 2009 gesetzlich verboten. Auch in der Bekleidungsbranche gibt es erste positive Signale. Levi-Strauss sowie Hennes & Mauritz (H&M) gaben vor kurzem bekannt, auf den Verkauf sandgestrahlter Jeans zu verzichten. „Das Handeln einzelner Firmen alleine reicht nicht aus, um diesen Wahnsinn zu beenden. Wir fordern daher Regierungen auf, ein vollständiges Importverbot solcher Killerjeans durchzusetzen“, so Philip Doyle von der Clean Clothes Kampagne Österreich. „Konsumentinnen und Konsumenten sollten ebenfalls auf diesen Modetrend verzichten und keine sandgestrahlten Jeans mehr kaufen“ fordert Doyle.

Kontakt:
Philip Doyle, (01) 405 55 15-328,
philip.doyle@cleanclothes.at,
www.cleanclothes.at.



Wie geht's weiter, wenn meine Firma pleite macht?

Ich wurde gekündigt, was muss ich tun?

Soll ich mich auf eine Werkvertragsregelung einlassen?

Was ist, wenn ich schwanger bin?

FRAGEN SIE METIS.

Metis. Ihre Beraterin im Arbeitsrecht. Noch nie haben Sie so schnell so kompetente Antworten bekommen, kostenlos und rund um die Uhr. Im Internet.

wien.arbeiterkammer.at



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

**Gemeinsam
stärker!**

www.gdg-kmsfb.at

Gewerkschaft der Gemeindebediensteten - Kunst, Medien, Sport, freie Berufe
Maria-Theresien-Straße 11, 1090 Wien
Tel.: (01) 313 16 - 8300, E-Mail: info@gdg-kmsfb.at